



Saar-Streund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“.

Nummer 21
3. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 286) erden. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräßer Str. 94, Fernsprech-Auswahl: Amt Lüchow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich Mr. 15.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer Mr. 5.— einschließlich ordentlichen Teuerungszuschlages.

Berlin

1. November 1922

Internationale Verurteilung des Versailler Vertrages.

Von Dr. Walther Heide.

In wenigen Tagen erscheint im Universitäts-Verlag in Berlin eine gleichnamige Schrift von internationaler Bedeutung, in welcher der als historisch-politischer Schriftsteller bekannte Verfasser ein glänzendes Stimmungsbild über die Stellung des neutralen und feindlichen Auslandes zum Versailler Vertrag bietet. Außer dem Vorwort eines neutralen Historikers haben führende deutsche Politiker der fünf größten Parteien, wie Helfferich, Stresemann, Bell, Dietrich und Südekum kurze Beiträge geliefert, in denen sie das Diktat von Versailles in Einmündigkeit auf das schärfste verurteilen. Wir sind heute in der Lage, die glänzenden Ausführungen Helfferichs und Südekums wiederzugeben.

Deutsch nationale Volkspartei:

Der Versailler „Friedensvertrag“ beruht auf einem zynischen Vorbruch: Dem deutschen Volke ist vor der Niederlegung der Waffen von den „alliierten und assoziierten Regierungen“ die feierliche Zusage gemacht worden, daß die bekannten 14 Punkte Wilsons die Grundlage des Friedensvertrages bilden sollten. Nachdem das deutsche Volk im Vertrauen auf solche Zusage sich selbst wehrlos gemacht hatte, sind ihm Bedingungen aufgezwungen worden, die im striktesten Widerspruch zu jenen feierlichen Versprechen stehen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksteile war zugesagt; statt dessen wurden Millionen von Deutschen gegen ihren Willen vom deutschen Volke losgerissen und den Deutsch-Oesterreichern der heißgewünschte Zusammenschluß mit Deutschland verwehrt. Zugesagt war: Keine Kriegsentschädigung und keine Strafzahlungen; statt dessen wurde Deutschland die schwerste Kontribution der Weltgeschichte auferlegt. Zugesagt war: Garantie für allezeitige Rüstungsbeschränkungen; statt dessen ist Deutschland einseitig entwaffnet worden, während in seinen Nachbarstaaten, namentlich in Frankreich und Polen, der Militarismus nie dagewesene Triumphe feiert und die deutschen Rheinländer mit 228 fremden Militärgarnisonen, gegen früher 28 deutschen, und mit schwarzer Besatzung misshandelt werden. Zugesagt war: Gleiche Handelsbedingungen; verwirkt: Es werden ist eine einseitige Disqualifikation des deutschen Handels, während Deutschland seinen Kriegsgegnern die Meistbegünstigung zugestehen muß. Zugesagt war: Eine „freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Entscheidung über die Kolonien“; in Wirklichkeit hat man Deutschland seine sämtlichen Kolonien weggenommen.

Der Versailler „Friedensvertrag“ beruht ferner auf einer zynisch erprechten Lüge: Die Vertreter der deutschen Regierung sind unter der Drohung unmittelbarer Gewaltanwendung gegen das wehrlose deutsche Volk gezwungen worden, gegen ihre eigene Überzeugung die Lüge von Deutschlands Schuld im Weltkriege zu unterschreiben. Mit dieser erprechten Unterschrift wollten die Urheber des Versailler Diktates sich den moralischen Titel für die unmoralischste Staatsaktion der Weltgeschichte beschaffen.

Der Versailler „Friedensvertrag“ ist weder ein Vertrag, noch bringt er den Frieden. Es ist ein brutal aufgezwungenes Diktat,

und er ist nach dem Worte seines geistigen Urhebers, des Herrn Clemenceau, die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Er beschränkt dem deutschen Volke, einem Volke von 70 Millionen, im Zentrum des europäischen Kontinents, den notwendigen Lebenspielraum durch die gewaltsame und unnatürliche Einschränkung seines Territoriums, durch den Raub eines großen Teiles seiner natürlichen Ressourcen, durch die Fesselung seiner Arbeit und seines Unternehmungsgeistes, durch die Auferlegung untragbarer wirtschaftlicher und finanzieller Lasten. Er verwirkt so den in bezug auf die deutsche Bevölkerung ausgesprochenen Satz: „Il y en a vingt millions de trop.“ Es sind 20 Millionen zuviel. Er treibt das deutsche Volk in Elend, Hunger und Verzweiflung, in Revolution und Bolschewismus. Er beschwört damit über Europa und die ganze zivilierte Welt Erschütterungen heraus, deren Ende niemand abzusehen vermag.

So ist der Versailler „Friedensvertrag“ ein Verbrechen nicht nur am deutschen Volk, sondern an der ganzen Menschheit. Und er ist, solange die Menschheit sehenden Auges untätig und mitleidlos dieses Verbrechen sich auswirken läßt, die größte Schande, mit der die Menschheit sich je beschlekt hat.

Dr. Helfferich, M. d. R., Staatsminister a. D.

Sozialdemokratische Partei:

Da das Diktat von Versailles — nach dem eigenen Geständnis seiner Schöpfer — auf dem Artikel 231, der erprechten Annakennung der deutschen Alleinschuld am Kriege, beruht; da der Artikel 231 — nach dem Urteil aller rechtlich denkenden Menschen der ganzen Welt — eine gemeine Lüge ist: so ist jede einzelne Bestimmung eine Auswirkung der Lüge, also selbst Zug und Trug, Vergewaltigung und Raub. Sogar den Abschnitt über die Gründung eines Völkerbundes kann man von dieser Verurteilung nicht ausnehmen, weil der Völkerbund in seiner jetzigen Zusammensetzung und mit seiner jetzigen Verfassung nur ein Mittel zur Durchsetzung des Unrechts gegen Deutschland ist. Unrecht, das immer neues Unrecht gebiert, hat keinen Bestand. Das Diktat von Versailles richtet Deutschland zugrunde, damit aber auch ganz Europa. Indem wir Deutschen uns dagegen in festgefügter Ordnung wenden, erfüllen wir die Menschheitsaufgabe der Rettung der gesitteten Welt, so wie wir diese seit 1914 gegen die Barbarei des russischen Zarismus und gegen den Bolschewismus siegreich verteidigt haben. Zu den Nutznießern unserer Opferung gehören auch die Nationen, die 1914 durch ihren Bund mit dem Zaren, im Weltkrieg durch den Rassenverrat der Bewaffnung farbiger Völkerschaften, 1919 durch den Schmachtfrieden von Versailles Kultur und Zivilisation Europas und seiner großen Kolonialkontinente gefährdet haben. Der Bestand einer sittlichen Weltordnung ruht heute, wie schon wiederholt in der Geschichte, auf der Widerstandskraft Deutschlands. Dieses Bewußtsein läßt uns im Elend geduldig ausharren, gibt uns den Mut zum Angriff gegen das Unrecht und die frohe Hoffnung auf endlichen Sieg.

Dr. Albert Südekum, Staatsminister a. D., M. d. R.

von Halfern-Spende für Notleidende des Saargebietes.

In unserer letzten Nummer gedachten wir anlässlich seiner Ernennung zum Regierungspräsidenten von Hildesheim der Tätigkeit unseres früheren Saarbrücker Landrats Dr. v. Halfern. Wir erhielten hierauf folgendes Schreiben:

Schweden für die Rechte des Saar-gebiets.

Die Stellungnahme des Völkerbundsrates zu den Beschwerden der Saarbevölkerung, insbesondere Balfours Rede, wird im „Svenska Dagbladet“ stark kritisiert. Schweden müsse sich nach seiner Wahl in den Rat frei machen von jeder Verantwortung an den jetzigen Zuständen im Saargebiet, die 650 000 Deutsche im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker wehrlos all der Bearbeitung aussehen, die ihr Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Brüdern lockern könnte. Lord Roberts Cecils und Nansens Forderung einer wirklichen Vertretung der Saarbevölkerung in der Regierungskommission müsse schwedischerseits im Rat unterstützt werden.

Die „Nya Dagblat Allehanda“ beschäftigt sich mit der Wahl Brantings in den Völkerbundsrat, die sie kaum als ein gutes Zeichen für die Ausgleichspolitik betrachtet, da sie die Befürchtung hegt, Branting noch immer auf der Seite Frankreichs zu finden. Eine klare Neuzeitung Brantings über diese Befürchtung wäre dem Blatte sehr erwünscht, um die neutrale Stellung Schwedens zu unterstreichen. Insbesondere aber begründet die „Nya Dagblat Allehanda“ ihre Stellungnahme mit dem Verhalten des Völkerbundsrats dem Saargebiet gegenüber. „Schweden wird jetzt“, so schreibt das Blatt, „mitverantwortlich für die Verwaltung des Saargebietes. Es ist vollkommen klar, daß diese Verwaltung aus vielen Gesichtspunkten heraus empörend ist und man kann ruhig sagen, daß die schwedische öffentliche Meinung unabhängig von

Der Regierungspräsident.

Hildesheim, den 24. Oktober 1922.

Domhof Nr. 1.

Das freundliche Gedanken, das mir im „Saar-Freund“ vom 15. Oktober aus Anlaß meiner Ernennung zum Regierungspräsidenten in Hildesheim zuteil geworden ist und das reizende Gedicht in derselben Zeitung, aus dem ich wieder einmal die treue Unabhängigkeit des Saargebietes an seinen alten Landrat ersehen habe, haben mich außtiefste gerührt. Sie werden mich wieder von neuem anspornen, auch weiterhin für das herrliche, echt deutsche Saargebiet, das mir eine zweite Heimat geworden ist und mit dem ich zehn Jahre Freud und Leid geteilt habe, zu wirken. Auch in Zukunft werde ich das Saargebiet niemals vergessen.

Aus vielen Zuschriften aus dem Saargebiet sehe ich, daß die Not im Saargebiet in vielen Kreisen der Bevölkerung besonders groß ist. Ich möchte auch eine kleine Spende zur Linderung dieser Not beitragen. Ich werde mir erlauben, in der nächsten Zeit dem „Saar-Verein“ einen Betrag von 50 000 M. (fünfzigtausend Mark) als „v. Halfern-Spende für Notleidende des Saargebietes“ zu überweisen. Aus den Zinsen dieses kleinen Kapitals, von dem ich hoffe, daß es durch gelegentliche Spenden verstärkt werden wird, sollen besonders bedürftigen Personen des Saargebietes Unterstützungen zuteil werden. Wenn auch mit diesem Betrag nur wenig geholfen werden kann, so will ich doch damit beweisen, daß meine Unabhängigkeit an das Saargebiet und seine Bevölkerung nicht nur aus Worten besteht. Auch hoffe ich, daß mein Beispiel vielleicht Nachahmung finden wird.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich ganz ergebenst

An die Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW. 11,
Königgräßer Straße 94.
(gez.) Dr. jur. v. Halfern.

Wir haben mit besonderer Freude dieses Schreiben empfangen, das nicht nur die innere Anteilnahme an dem politischen Geschick des Saargebietes verrät, sondern auch kund tut, in welch besonderer Weise unser früherer Saarbrücker Landrat der außerordentlichen Notlage gedenkt, in die ein Teil der Bevölkerung durch das besondere Wirken des Völkerbundes bzw. seiner Beauftragten geraten ist. Von dieser Seite macht man keinen Finger krumm, um der Not zu steuern, im Gegenteil, man bemüht sich, diese Notlage politisch auszu nutzen. Hier muß von deutscher Seite Hilfe kommen. Regierungspräsident v. Halfern weist den Weg, der gegangen werden muß und gegangen werden kann. Er legt den Grundstock zu einem Fonds, aus dem Mittel zur Verfügung gestellt werden können für Fälle größter Not.

Den Armuten der Armen unserer Brüder und Schwestern an der Saar soll die v. Halfern-Spende zugute kommen.

Deutsche Kämpfer und Kämpferinnen für das Saargebiet! An euch ergeht der Ruf: Unterstellt euch opferbereit der Führung unseres früheren Landrats v. Halfern in der Schaffung eines Notstocks für die notleidenden Schwestern und Brüder an der Saar. Die Wunden, die Frankreich dort mit Vorbedacht schlägt, müssen wir opferfreudig heilen. Regierungspräsident v. Halfern, der in Zeiten höchster Not der Saargebietbevölkerung Helfer, Berater und Beschützer war, wendet sich an euch alle mit der Mahnung:

Dem bedrohten Deutschtum an der Saar bringt sichtbare Opfer eures Helferwillens, indem ihr den Notleidenden des Saargebietes das Verbleiben in der Saarheimat ermöglicht. Größer als die Not muß unser Opfer sein. Gestaltet die „v. Halfern-Spende für Notleidende des Saargebietes“ zu einem

„Opferstock zur Deutscherhaltung des Saargebietes!“
Unserer früherer Landrat ruft — wir müssen alle helfen!

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

allen Parteunterschieden es mit dem Gefühl des Unbehagens und des Unwollens sehen würde, wenn Schweden die Rolle des Handelngers spielen würde nicht nur bei der Durchführung der vielen verderblichen Bestimmungen des Versailler Vertrages, sondern auch bei den noch weiter gehenden Zielen, die sich dahinter verstecken. Die Gunst der Mächtigen mag uns wohl schmeichelhaft erscheinen, aber Schweden sollte das Streben höher stellen, bei passender Gelegenheit unparteiisch der Sache des Rechtes zu dienen.“

Die „Saarbrücker Zeitung“ bemerkt zu diesen Ausschreibungen: „Die Befürchtungen, die hier das schwedische Blatt so offen ausspricht, sind für unser Saargebiet sehr bedeutungsvoll, denn es kann nicht ohne Einfluß auf die Verhältnisse hier bleiben, wenn im Völkerbundsrat ein neues Mitglied sich den französischen Bestrebungen, das Saargebiet von Deutschland loszutrennen, dienstwillig zur Seite stellt. Wenn wir hier in einem neutralen Blatte festgestellt sehen, daß die Verwaltung des Saargebietes aus vielen Gesichtspunkten heraus empörend ist, so beweist dies, wie recht wir haben, wenn wir immer wieder Protest gegen diese Taten der Saarregierung erheben, und daß dieser Protest nicht ohne Echo bleibt. Lord Balfours Auftreten auf der letzten Völkerbundstagung hat aber auch den Beweis erbracht, wie gering das Verständnis im Völkerbundsrat für die Saarfrage ist und wie notwendig es ist, in dieser Protestarbeit zu verharren. Käme in dem Vertreter des neutralen Schwedens noch ein Mitglied in den Völkerbundsrat, gegen das der Verdacht der Stellungnahme zugunsten französischer Bestrebungen besteht, so wäre das für unser Saargebiet zu beklagen.“

Betrachtungen zur Zollabtrennung des Saargebiets im Jahre 1925.

Zu diesem außerordentlich schwerwiegenden Thema veröffentlicht der bekannte saarländische Großindustrielle Max v. Oppenius in der „Saarbrücker Zeitung“ folgende Ausführungen:

Die Bestimmung des Vertrages von Versailles, nach der im Jahre 1925 das Saargebiet gänzlich unter französisches Zollregime kommen soll, ist ebenso wie viele dieles Vertrages abänderungsbedürftig, sollen nicht aus ihrer Durchführung dem Saargebiet neue und schwere Wunden gebracht werden. Schon der jetzige Zustand der Zugehörigkeit zum französischen Zollgebiet ohne Zollzahlung für deutsche und saarländische Waren im gegenseitigen Austausch hat die unangenehmsten Folgen. Treten die beabsichtigten Maßnahmen wirklich ein, so wird der größte Teil des Saarwirtschaftslebens zum Stillstand kommen, da einerseits das Saargebiet die französischen Zölle auf deutsche Waren nicht tragen kann, und andererseits saarländische Erzeugnisse von Deutschland wegen der notwendigen deutschen Verzollung nicht mehr aufgenommen werden. Diese Umstände sind hinreichend klar; es erübrigt sich ein näheres Eingehen darauf. Es ist auch allgemein bekannt, daß es dem saarländischen Wirtschaftsleben trotz aller Hinweise, sich nach dem Westen zu orientieren und trotz aller ernstlichen Versuche dazu nicht möglich ist, dort festen Fuß zu fassen, wo es nebenbei auch gar nicht gewünscht wird. Diese Umstände sollten Veranlassung sein, daß alle Stellen, welche sich mit der Verwaltung des Saargebiets befassen, sei es in Genf, sei es in Saarbrücken, ernstlich überlegen und gewissenhaft prüfen, wie der wirklich zu erwartende Schaden zu vermeiden ist.

Das Saargebiet ist vom Deutschen Reich vorübergehend losgetrennt, um Frankreich einen Ausgleich für den Verlust an Kohlengruben zu bringen. Dies ist die im Vertrag von Versailles angegebene Begründung. Das Saargebiet ist auf der andern Seite dem Völkerbundsrat zu treuen Händen anvertraut und wird von einer dem Völkerbundsrat verantwortlichen Regierungskommission verwaltet, deren oberstes Gesetz das Wohl der Bevölkerung ist. Es erhebt sich die Frage, ob sich diese beiden Begriffe vereinigen lassen. Man sollte meinen, das sei möglich, denn keiner der beiden Zwecke schließt den andern aus. Man muß aber auf der andern Seite annehmen, die Zollabtrennung sollte den Interessen der nunmehr französischen Grubenverwaltung dienen, denn den Interessen der Saarbevölkerung dient sie zweifellos nicht. Welche der beiden Zwecke der wichtigere ist, der fiskalische der französischen Grubenverwaltung oder der des Wohlergehens der Saarbevölkerung, dürfte nicht zweifelhaft sein, und ebenso so unzweifelhaft ist, nach welcher Seite die Treuhänder für das Saargebiet sich zu neigen haben.

Die Regierungskommission richtet sich in ihren Maßnahmen nur nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Sie hat keine Möglichkeit, aus sich heraus an die Bestimmungen des Vertrages zu röhren. Sie berät aber den Völkerbundsrat, der ihr Instruktionen erteilt und eine Beratung von anderer Seite nur höchst ungern sieht. Sache der Regierungskommission wäre es

also, den Völkerbundsrat zu unterrichten, daß die in Aussicht stehende Zollabschnürung für das Saargebiet ein Unglück sein wird. Der Völkerbundsrat müßte dann alle Schritte zur Abänderung des Vertrages von Versailles bezüglich dieser Abtrennung unternehmen; die Möglichkeit einer Abänderung ist in den Bestimmungen des Vertrages von Versailles selbst gegeben. Würden beide Stellen, Regierungskommission und Völkerbundsrat, so handeln, so würden sie wirklich ihrer Aufgabe, dem Wohle der Bevölkerung zu dienen, gerecht werden.

Leider besteht zurzeit wenig Aussicht auf Übernahme vorstehender Gedankengänge durch Regierungskommission und Völkerbundsrat. „Höheren“ politischen Interessen muß das Saargebiet sich unterwerfen, darüber hat die letzte Aufnahme der Saarabordnung in Genf keinen Zweifel gelassen.

Trotzdem müssen alle in Frage kommenden Wirtschaftskreise unablässig bemüht sein, ihre Erkenntnis den maßgebenden Stellen, Regierungskommission und Völkerbundsrat, zu vermitteln, wenn anders sie sich nicht den Vorwurf zuziehen wollen, lässig gewesen zu sein.

Und noch ein anderes: Fünf Jahre nach Abschluß des Vertrages von Versailles geht das Saargebiet in französisches Zollregime über, um nach weiteren 10 Jahren, nach erfolgter Abstimmung zugunsten Deutschlands, wieder zum deutschen Zollsyste zurückzukehren. Glaubten die Väter des Vertrages von Versailles wirklich, daß ein Gebiet, das ganz auf industrieller Basis aufgebaut ist, imstande ist, innerhalb einer so kurzen Spanne Zeit zweimal eine vollkommene Umwälzung in seiner wirtschaftlichen Struktur durchzumachen? Wirklich, man merkt, daß für die Errichtung des Saarstatutes in Versailles nur 36 Stunden Zeit vorhanden waren!

Im Zusammenhang hiermit sei darauf hingewiesen, daß die Einführung des Franken im Saargebiet eine Vorbereitung für die kommende Zollabschnürung sein soll. Man ist an maßgebender Stelle der Ansicht gewesen, mit der frühzeitigen Frankeneinführung den Übergang zum französischen Zollregime erleichtert zu haben. Die Notwendigkeit der Frankeneinführung selbst für diesen Zweck muß bestritten werden; als Beispiel, daß zwei Währungen ruhig nebeneinander bestehen können, dient Luxemburg zur Zeit seiner Zugehörigkeit zum deutschen Zollgebiet. Nach erfolgter Abstimmung im Jahre 1935 kehrt das Saargebiet zum deutschen Zollgebiet zurück. Es wird abzuwarten sein, ob die Regierungskommission sich ihrer Argumente erinnert und dann durch gleiche Maßnahmen, Wiedereinführung der Mark fünf Jahre vorher, den Übergang zum deutschen Zollregime erleichtern hilft. Eine Treuhänderin ist doch verpflichtet, alles zu tun, das ihr zu treuen Händen überlassene Pfand im gegebenen Augenblick unversehrt zurückzuerstatten.

Ein saarländisches Gerichtsurteil.

Die Verbeugung vor dem französischen Militarismus.

Mehr als 2½ Jahre sind vergangen, seit die Regierung des Herrn Rault die unbeschränkte Militärrherrschaft im Saargebiet abgelöst hat. Die Drangsalierungen der Deutschen an der Saar durch die fremdländische Soldateska aber haben kein Ende genommen. Erst dieser Tage wieder hat die — das kann nicht oft genug betont werden — unter Verleihung der Bestimmungen des Versailler Vertrages noch immer im Saargebiet weilende französische Besatzung ein Opfer gefordert: der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei im Saargebiet, Herr Valentin Schäfer — ein Mann, dem die Saardeutschen und die deutsche Regierung um seines entschiedenen Eintretens für die Deutscherhaltung unserer Saarheimat schon jetzt sehr viel zu danken haben —, wurde wegen angeblicher Bekleidung eines französischen Offiziers zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Urteil und seine Vorgeschichte sind von allgemeiner politischer Bedeutung. Es ist notwendig, näher auf sie einzugehen.

Zwei Tage vor der Wahl zum Landesrat kam Herr Schäfer in einer öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei im Saalbau zu Saarbrücken auf die rechtswidrige Anwesenheit des französischen Militärs im Saargebiet zu sprechen. Er schilderte dabei einen Vorfall, der sich am Tage der Versammlung auf dem Saarbrücker Güterbahnhof zugetragen hatte. Ein

Lademeister sollte von einem französischen Offizier den dienstlichen Befehl erhalten haben, innerhalb weniger Minuten Seile und Keile herbeizuschaffen, die zum Verladen von Automobilen gebraucht wurden. Als der Lademeister ihn darauf aufmerksam machte, daß er die angeforderten Gegenstände nicht ohne weiteres beorgen könne, sollte der Offizier ihm mit der Reitpeitsche gedroht haben.

Die „Volksstimme“ gab am nächsten Tage diesen Teil der Rede des Herrn Schäfer in einem besonderen Artikel wieder. Dadurch wurde der Kommandeur der Besatzungstruppen, General Brissaud-Desmailliet, aufmerksam, und er ordnete eine Untersuchung an, die ergeben haben soll, daß an der Schilderung des Herrn Schäfer nichts Wahres wäre. Von dem General wurde daraufhin Strafantrag gegen Herrn Schäfer und den inzwischen ausgewiesenen verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“ wegen Bekleidung des französischen Offizierkorps gestellt.

Die Hauptverhandlung wurde durch die Vernehmung des einzigen Augenzeugen bei dem Vorfall, des Lademeisters Kamps, eröffnet. Durch den Vorsitzenden ermahnt, die unverfälschte Wahrheit zu sagen, erwiederte Kamps, daß er das „so viel wie möglich“ tun wolle. Unter Eid bekundete er dann, daß der Offizier bei der Unterredung, die er mit ihm hatte, wohl

etwas heilig“ geworden sei, daß er aber ihm keineswegs mit der Reitpeitsche gedroht oder ihm einen dienstlichen Befehl gegeben habe. Der Leutnant habe mit der Reitpeitsche nur etwas erregt auf den Boden geschlagen. Dabei habe er sich aber nichts weiter gedacht.

Der gleichfalls als Zeuge geladene Offizier, Premierleutnant Jules Berriens, und ein französischer Unteroffizier befundenen das gleiche wie Kamps.

Von Bedeutung war die Aussage des Obergütervorstehers Karl Feuer, der ausigte, daß Kamps ihm gegenüber sich geäußert habe, er habe Befehl erhalten, für ordnungsmäßige Verladung der Automobile zu sorgen. Der Zeuge hat den Lademeister noch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß ihm niemand etwas zu befehlen habe. Kamps sei dann auch den ganzen Tag nicht mehr nach seiner Dienststelle gegangen.

Der Vertreter der Anklage, Herr Oberstaatsanwalt Keller, stellte sich seltsamerweise auf den Standpunkt, daß der der Anklage zugrunde liegende Vorfall kein politischer sei. Schäfer habe eine nicht erweislich wahre Tatsache verbreitet, die geeignet sei, das gesamte französische Offizierskorps zu beleidigen. Herr Schäfer sei kein ernster Politiker. Die Berufung auf den § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) ließ der Anklagevertreter nicht gelten und beantragte eine Geldstrafe im Höchstbetrage von 7500 Mark.

Rechtsanwalt Dr. Sender, der Herrn Schäfer verteidigte, wies klar nach, daß es sich hier um einen Prozeß mit politischem Einstieg handele. Er bezweifelte, daß überhaupt ein ordnungsmäßiger Strafantrag vorliege. Nach dem deutschen Strafgesetzbuch könne Strafantrag nur diejenige Behörde stellen, die sich rechtlich in einem Rechtsgebiet befindet. Der Strafantrag falle damit, weil das französische Militär nach dem Friedensvertrag nicht ins Saargebiet gehöre. Die Rechtsgrundlage des Friedensvertrages sei verletzt worden. Es sei ein Unding, Herrn Schäfer die Wahrnehmung berechtigter Interessen absprechen zu wollen, der das Recht habe, die Interessen des deutschen Saarvolkes zu vertreten, da er als Vertreter der Bevölkerung gewählt und anerkannt ist. Das französische Offizierskorps sei nicht beleidigt worden; das Vorgehen Schäfers sei ein ehrlicher Kampf für das Recht der Deutschen an der Saar, das letzten Endes im Friedensvertrag verankert ist.

Im „letzten Wort“ wies Herr Schäfer darauf hin, daß er nicht nur die Interessen seiner Partei, sondern eminent wichtige Interessen des Volkes vertreten habe. Was er vertrete, das vertrete er stets aus ehrlicher Überzeugung heraus. Kamps möge gute Gründe gehabt haben, den Vorgang jetzt

so harmlos wie möglich hinzustellen. Er sei heute noch der Auffassung, daß es sich so abgespielt habe, wie er ihn seinerzeit in der Versammlung geschildert hat.

Es überraschte allgemein, daß der Gerichtshof nicht sofort das Urteil sprach, sondern die Bekündigung um acht Tage hinausschob. Diese Verzögerung muß merkwürdig berühren, wenn die Sachlage wirklich so klar und unpolitisch war, wie der Herr Oberstaatsanwalt Keller behauptet hatte.

Das Urteil selbst haben wir eingangs schon bekanntgegeben. Dem kommandierenden General wurde die Publikationsbefugnis zuerkannt.

Aus der Urteilsbegründung verdienen einige Ausführungen festgehalten zu werden. Daß das französische Offizierskorps beleidigt worden ist, hat das Gericht als nicht erwiesen angesehen. Bezüglich der Anwendung des § 193 stellten sich die Richter auf den Standpunkt, daß es sich um einen Grenzfall handelte. Sie gestanden ausdrücklich jedem Saardeutschen das Recht zu, den Kampf für die Entfernung des französischen Militärs zu führen; sich dabei auf den § 193 zu berufen, ließ man aber nicht gelten! Für Herrn Schäfer habe nicht der geringste Anlaß bestanden, den Vorfall in der Versammlung zur Sprache zu bringen (!). Bezüglich der Rechtmäßigkeit des Strafantrags vertrat das Gericht die merkwürdige Ansicht, daß „das Militär nun einmal hier sei und deswegen der Kommandierende General Brissaud berechtigt war, Strafantrag zu stellen.“

Dieses Urteil — für dessen Zustandekommen deutsche Richter verantwortlich sind — verdient als Schulbeispiel dafür, wie im Saargebiet heutzutage das Recht gedreht und verbogen wird, weiteste Verbreitung. Wie wir erfahren, hat Herr Schäfer sofort nach Bekanntwerden des Spruches Berufung eingelegt. Wir sind gespannt, wie das Gericht in der zweiten Instanz urteilen wird. Die Erfahrungen, die wir bisher in ähnlichen Fällen gemacht haben, ermutigen allerdings nicht dazu, auf eine gerechte Urteilung und auf einen Freispruch des Herrn Schäfer zu rechnen.

Wir wissen nicht, wie die an dem Urteil beteiligten Richter zu ihrer „Rechtsfindung“ gekommen sind; wenn sie damit aber eine Verbeugung nach Westen zum Ausdruck bringen wollten, dann hätten sie konsequent sein und sich ganz die französische „Rechtsprechung“ zum Muster nehmen sollen! Wie hätten französische Richter geurteilt, wenn sie einen ähnlichen Fall aburteilen gehabt hätten?! Das dürfen sich die Saarbrüder Richter aber gesagt sein lassen: deutsche Rechtsprechung ist das nicht, sondern „Rechtsprechung“ mit dem Blick nach der Alleestraße.

Der anklagende Angeklagte.

Vor der ersten Straflammer des Landgerichts Saarbrücken hatte sich — wie wir an anderer Stelle ausführlicher melden — Herr Valentin Schäfer, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei im Saargebiet, unter der Anschuldigung der Beleidigung des französischen Offizierskorps zu verantworten. Herr Schäfer hielt folgende Verteidigungrede:

Meine Herren! Der Herr Oberstaatsanwalt versucht sich in den gewagtesten Konstruktionen, meine Schuld nachzuweisen und eine Verurteilung zu erzielen. Ich finde es sonderbar, daß er, der doch den Unterschied kennen sollte — und gewiß auch kennt — sich auf eine Entscheidung des Reichsgerichts beruft, wo es sich um die Klage der österreichischen Zollbehörde handelte. Die österreichische Zollbehörde hält sich zu Recht in Deutschland auf. Sie hatte also auch ein Recht, zu klagen. Das französische Militär dagegen hält sich widerrechtlich im Saargebiet auf. Mit diesem deplazierten Vergleich will der Oberstaatsanwalt die Argumentation meines Verteidigers erschüttern. Ich halte es für nicht nötig, mich mit einer so widersprüchsvollen Auffassung länger zu beschäftigen.

Zum Oberstaatsanwalt gewendet fährt Herr Schäfer mit gehobener Stimme fort: Wie kommen Sie dazu, mir zu unterstellen, ich hätte den Fall in der Saalbauversammlung subjektiv übertrieben mit der Absicht, das französische Offizierskorps zu beleidigen? Ich weise diese Unterstellung scharf zurück. Daz ich — ebensowohl wie Sie, Herr Oberstaatsanwalt — objektiven Irrtümern unterliegen kann, das steht fest. Gegen persönliche Überreibungen hat aber niemand eine größere Abneigung als gerade ich.

Der Vorsitzende: Herr Schäfer, Sie dürfen hier nicht so mit dem Herrn Oberstaatsanwalt reden.

Schäfer: Wenn ich mich an bestimmten Stellen etwas scharf mit dem Herrn Oberstaatsanwalt auseinandersetze, so werden Sie,

meine Herren, das verstehen, nachdem er die Höchststrafe gegen mich beantragt hat und sich so außerordentlich bemüht, meine Verurteilung zu erreichen. — Meine Herren! Das Militär hält sich hier auf im Widerspruch zum sogenannten Friedensvertrag. Der Vertrag läßt uns wahrhaftig wenig Rechte. Das einzige Gute besteht darin, daß im Saargebiet kein Militärdienst sein darf. Eine örtliche Gendarmerie soll hier die Ruhe und Ordnung stützen. Die Regierungskommission umgeht trock besonderer Anweisung des Völkerbundsrates diese Vertragsbestimmung. Sie beruft sich auf finanzielle Schwierigkeiten und die unzuverlässige Stimmung der Bevölkerung. Diese Gründe haben für uns keine Gültigkeit. Wir verlangen neben den Fesseln, die uns durch den Versailler Vertrag angelegt sind, auch endlich das wenige Gute, was er enthält. Und das ist die Entfernung des Militärs. Wenn Herr Raoul demokratisch das Gebiet verwaltet würde, so wie man es von einer Kommission des Völkerbundes verlangen kann, dann brauchte er kein Militär zu seinem Schutz. Der Oberstaatsanwalt sagt, ich hätte nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, infolgedessen komme mir der § 193 nicht zugute. Ja, meine Herren, sind es nicht berechtigte Interessen, die ich vertreten habe? Europa liegt zerstört da. Sein Aufbau kann nur eine Sache der ganzen Welt sein. Das Reparationsproblem, das die Quelle unserer Leiden ist, kann nur durch die Mitwirkung Amerikas gelöst werden. Nun stellt aber Amerika die Bedingung, daß die europäischen Staaten abrüsten. Und da ist es gerade Frankreich, daß sich der Abrüstung widersetzt. Dadurch verhindert, zumindest verzögert Frankreich die Wiederherstellung Europas und verlängert unsere Leiden. Die sogenannten „Saartruppen“ sind aber ein Teil des französischen Militarismus und wirken sich daher ebenfalls als Hindernis für die Herstellung eines wirklichen Friedens und geordneter Wirtschaftsverhältnisse aus.

Vorsitzender: Herr Schäfer, Sie müssen sich auf den vorliegenden Fall beschränken. Eine politische Rede dürfen Sie hier nicht halten.

Schäfer (fortfahrend): Gut, wenn es nicht zulässig ist, an Hand der tieferen Ursachen unseres Elendes den Nachweis zu führen, daß ich berechtigte Interessen vertreten habe, dann genügt es mir auch, mich an lokale Gründe zu halten. Meine Herren! Erstens ist es mein und jedes Bürgers gutes Recht, zu verlangen, daß der Versailler Vertrag erfüllt wird. Außerdem gibt es allein in der Stadt Saarbrücken über 7000 Wohnungsuchende. Es fehlen mehrere Dutzend Schulhäuser. Diese Wohnungsnot ist doch zu einem großen Teil durch die Unwesenheit des Militärs verschuldet. Sie werden nicht bestreiten können, meine Herren, daß ich angesichts solcher Zustände nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hatte, immer und überall die Entfernung des Militärs zu fordern. Meine Schildderung des Vorfallen auf dem Güterbahnhof hatte den Zweck, Anhänger für meine Forderung zu werben und eine Anmahnung des Militärs gegen die Zivilbevölkerung zurückzuweisen. Ich hatte keinen Grund, an der Richtigkeit der mir gewordenen Darstellung des Vorfallen zu zweifeln. Der Oberstaatsanwalt sagt, ich hätte die Sache übertrieben. Die Aussagen der Zeugen hätten ihn belehren müssen, daß von Übertreibung keine Rede sein kann, wenn der Zeuge Kamps sich heute auch bemüht, die Sache etwas abzuschwächen. Wenn Sie bedenken, daß Kamps, bevor er seine Aussagen machte, wiederholt sagte, daß er „so viel als möglich“ die Wahrheit sagen wolle, dann müssen Sie sich sagen, daß

man seine Ausführungen sehr vorsichtig geniehen muß. Kamps mag genug Gründe haben, den Vorgang heute so harmlos hinzustellen. Jedemal hat er sich durch die Haltung des Offiziers bedroht gefühlt. Es hätte ja sonst gar keinen Sinn, daß er seiner Betriebsstelle solange fernblieb, als das Militär dort zu tun hatte. Wenn alles so harmlos war, dann brauchte er die Begegnung mit dem Offizier nicht zu fürchten. Aus den Aussagen des Zeugen Reker haben Sie, meine Herren, die Bestätigung für die Richtigkeit meiner Darstellung. Der Oberstaatsanwalt legt mit die Bekleidung des ganzen Offizierkorps zur Last. Nichts hat mir ferner gelegen als eine Bekleidung. Aber eine Frage an den Herrn Oberstaatsanwalt. Wenn ein französischer Offizier mit der Elektrischen fährt und belästigt eine mitsahrende Dame, deren Gatte von der Plattform aus die Belästigung mit angesehen hat, und der Gatte gibt dem Offizier deshalb eine Ohrfeige: hätte sich nach Ihrer Meinung, Herr Oberstaatsanwalt, dieser Mann nun auch einer Mißhandlung des ganzen französischen Offizierkorps schuldig gemacht? Das werden Sie nicht sagen wollen! Ebenso wenig können Sie auch aus meinem Falle eine Bekleidung des ganzen Offizierkorps konstruieren.

Allso, meine Herren, ich habe keinen Grund gehabt, an der Richtigkeit der Darstellung zu zweifeln. Durch die Zeugenvornehmung hat sich für mich diese Richtigkeit bestätigt. Ich habe sowohl als einzelner wie auch als öffentlicher Vertreter der Bevölkerung, dem tagaus tagein Beschwerden zugebracht werden, sehr wohl in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Ich habe daher Anspruch auf den § 193 des Strafgesetzes und bitte demgemäß um Freisprechung.

Die Wohnungspolitik der Saarregierung im Dienste der Französierung.

Frankenbauzuschüsse zur Erdrosselung der saarländischen Baugenossenschaften.

Mit der furchtbaren Wohnungsnot im Saargebiet besaß sich eine öffentliche Versammlung des außerordentlichen Mieteratages des Saargebiets, in der der Verbandsvorsteher Rechtsanwalt Dr. Walter das Hauptreferat hielt. Er wies darauf hin, daß die Regierungskommission, obwohl ihr die furchtbare Notlage in der Wohnungsfrage bekannt ist, bisher nicht das geringste unternommen hat, um Milderungen eintreten zu lassen. Die Lage der Mieterschaft habe sich nicht gebessert, sondern verschlechtert. Die Unvernunft des Friedensvertrages, die die Entwertung der Mark herbeiführte, läßt keine Möglichkeit zu, um aus dem Elend herauszukommen. In diesem Augenblick wird bekannt, daß die Regierungskommission, dem Drängen der Hausbesitzer nachgebend, den Mieterschutz lockern, ja für die gewerblichen Räume ganz beseitigen will. Geschehe dies, so befämen die Hausbesitzer ein weit wirksameres Mittel als die Saarländerverordnung in die Hand, ihre Volksgenossen aus dem Saargebiet ausszuweisen. Der Kündigungsschutz und der Preisschutz für alle Wohnungen und gewerblichen Räume müsse beibehalten werden. Die Frankenforderungen der Hausbesitzer seien abzulehnen, zumal eben gerade der bedürftigste Teil der Bevölkerung, die Pensionäre, Kriegsbeschädigte und alle diejenigen, die keine Frankeninnahmen haben, niemals in der Lage wären, Frankenmieten zu zahlen. Auch die Häuser, die die Bergverwaltung nicht auf Grund des Friedensvertrages erworben hat, müssen dem Gesetz unterstellt werden. Zentralwohnungskommission und Schlüchtigungsausschuß müßten verschwinden. Die Tätigkeit der Abschlagskommissionen sei auf das Schärfste zu kritisieren.

In der Aussprache wurden die Ausführungen des Referenten von verschiedenen Rednern ergänzt, u. a. wies Landesratsmitglied Gewerkschaftssekretär Karius darauf hin, daß vor Jahresfrist etwa 3500 Familien ohne Wohnung waren, jetzt seien es 7000! Das Schlimmste aber sei, daß jeder aus der Fremde Zugezogene bei dem jetzigen Regime mehr Anspruch auf Wohnung habe, als der eingesehene Saarländer. Das seien unhaltbare Zustände, die hier vom Völkerbund geduldet würden. Für die Errichtung von Eigenheimen habe die Saarregierung nichts getan. Während zum Beispiel der Saarbrüder Knappschafstverein 10 Millionen Franken für Wohnungsbauten zur Verfügung stellte. Man täusche sich aber nicht: Gegen den Willen der Saarregierung ist der Mieterschutz nicht aufrechtzuerhalten. Schon seien Kohlen und Industrie, die Hauptwerte des Saargebiets, im fremden Besitz. Die Gefahr besteht, daß die Hand nach dem Hausbesitz ausgestreckt werde. Im Interesse des Deutschums an der Saar müsse zwischen Mietern und Hausbesitzern ein Weg zur Einigung gefunden werden. Es sollte

mehr daran gedacht werden, daß es im Saargebiet Leute gibt, deren Einkommen nicht genügt, um allein die Wohnungsmiete zu bestreiten. Die Armen im Saargebiet seien tatsächlich ärmer als die Armen in armem Deutschland. Er schloß mit der Mahnung, die Kämpfe zwischen Mieter und Vermieter nicht auf die Spitze zu treiben, damit die lachenden Dritten nicht die Ausländer sind.

Landesratsmitglied Dr. Sender hob die große Bedeutung des Schutzes der gewerblichen Räume hervor, den die Regierung anscheinend preisgeben wolle. Es bestehe die große Gefahr, daß das solide heimische Gewerbe und Handwerk allmählich durch unerwünschte fremde Elemente verdrängt werde. Herr Biermann aus Dillingen forderte die Beseitigung des unerträglichen Vorrechts der Zentralwohnungskommission, jedermann freiwerdende Wohnungen vorweg zu beschlagnahmen. Gegen die Bezahlung der Miete in Franken müsse man sich mit aller Kraft wenden. Es dürfte aber die Stadt Saarbrücken nicht als Schrittmacherin der Frankenmieten auftreten, indem sie für einen Schauspieler eine Wohnung in der Trierer Straße für 70 Franken mietete.

Der Geschäftsführer der Mieterinteressengemeinschaft der gemeinnützigen Baugenossenschaft Saarbrücken, Vorsteher, schilderte das eigenartige Verfahren der Frankenbauzuschüsse der Regierungskommission. Die Genossenschaft habe nominell 300 000 Franken von der Saarregierung als Bauzuschüsse erhalten, die in 14 Jahren zu tilgen seien. In Wirklichkeit habe man aber keine Franken, sondern jeweils den Tageskurs in Markbeträgen erhalten, im Durchschnitt etwa zum Kurse von 15 Mark, während heute der Franken 150 Mark und noch höher stehe. Alle Berechnungen zur Verzinsung und Tilgung seien dadurch über den Haufen geworfen worden. Heute hätten die 42 Mieter der Genossenschaft 45 Millionen Mark Schulden und müßten mit Mieten von 2500 bis 5000 Mark, vielleicht demnächst mit 10 000 Mark und mehr rechnen. Das sei die Schuld der durchsichtigen Männer der Regierungskommission, die unter dem Deckmantel der Förderung des Wohnungsbauwesens durch ihre Frankenpolitik die zugrunde liegende und offensichtlich nur darauf hinarbeitende, am Tage der Abrechnung nach 15 Jahren dem verarmten Deutschland eine möglichst große Frankenrechnung präsentieren zu können. Es sei ein Unding, wenn nicht ein wirtschaftliches Verbrechen, einer gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft die Verpflichtung auferlegen, in 14 Jahren ihre Baudarlehen auf Heller und Pfennig zu tilgen. Ohne den Hemmschuh der Frankenbauzuschüsse könnte und würde viel billiger gebaut werden können. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschließung an:

„Der außerordentliche Mietertag vom 8. Oktober 1922 billigt den Standpunkt des Vorstandes des Mieterschutzverbandes und stellt sich geschlossen hinter die Eingaben des Vorstandes an die Regierungskommission vom 7. September und 5. Oktober 1922. Gleichzeitig bittet der Mietertag die Regierungskommission, den Landesrat und den noch zu berufenden Studienausschuß um einen wirklichen Ausbau des Mieterschutzes im Sinne dieser Eingaben, wobei das Verlangen nach Kündigungsschutz und Preisschutz für gewerbliche Räume besonders betont wird.“

Die in der Versammlung erwähnte Wohnungspolitik der französischen Bergverwaltung des Saargebiets erhält eine drastische Beleuchtung durch folgenden Vorfall: Die französische Bergverwaltung nimmt trotz der furchtbaren Wohnungsnot im

Saargebiet das Recht für sich in Anspruch, in den von ihr an verschiedenen Stellen angekaufen Häusern die Mieter ohne Beachtung der für alle anderen Hausbesitzer geltenden Mieterschutzbestimmungen kurzerhand an die Lust zu setzen. Ein Mieter eines von der französischen Bergverwaltung erworbenen Hauses erhielt von dieser kürzlich ein Schreiben folgenden Inhalts: „Laut Urteil vom 21. Februar 1922 hatten Sie Ihre Wohnung spätestens am 1. April zu räumen. Da dies aber nicht erfolgt ist, teile ich Ihnen ergebenst mit, daß Sie vom 1. Oktober für die unberechtigte Weiterbenutzung unserer Räume eine Entschädigung von 70 Franken (heute etwa 14 000 Mark) pro Monat zu zahlen haben. Ich erüuche um Ihre schriftliche Einverständniserklärung bis zum 16. Oktober. Andernfalls werden Sie unverzüglich nach diesem Termin ausquartiert.“

Obdachlos!

Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Saarbrücker Zeitung“: „Die französische Bergverwaltung im Saargebiet kaufst im Saargebiet. Der Frankenthaler soll die Bevölkerung im allgemeinen fassen. Das ist schon seit längerem bekannt. Zunächst einmal die Frage: Wozu? Braucht sie so viele Häuser, um ihre Beamten unterzubringen? Die Beamten der Saargruben haben bekanntlich mit den Regierungsbeamten auf alle beschlagnahmten Wohnungen das erste Anrecht. Es dürften z. B. unter den gegen 8000 Wohnungssuchenden in Saarbrücken sicherlich sehr, sehr wenige Regierungs- oder Bergwerksbeamte sein. Unseres Erachtens auf das ganze bisherige Verfahren hin keine. Eins der in Saarbrücken von der Bergwerksdirektion gekauften Häuser ist zum Hauptteil in ein Casino mit Vergnügungsräumen umgewandelt worden. Nun also, die Bergverwaltung kaufst Häuser. Was geschieht, wenn sie ein Haus in ihren Besitz gebracht hat? Dann werden zunächst die Mieter einfach aufgefordert, ihre Wohnungen zu räumen. Die Bergverwaltung kann das. Die Regierungskommission des Saargebiets hat, auf dem Versailler Vertrag fußend, die Anwendung ihrer Verordnung zur Milderung der Wohnungsnot auf die Liegenschaften der Saargruben ausgenommen. Nach unserer rechtlichen Auffassung kann das aber nur soweit Geltung haben, als es dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages entspricht. Der klare Wortlaut des Versailler Vertrages spricht in dieser Hinsicht nur von allen in den Besitz des französischen Staates „übergegangenen Liegenschaften“, nicht etwa von noch überzugehenden. Bergwerksdirektion und Saarregierung sind aber der Ansicht, daß auch auf alle Häuser, die die Bergverwaltung im Saargebiet kaufst, die Verordnung keinen Bezug hat. Zu welchem, milde gesagt, merkwürdigen Zustand diese offensichtliche Verleugnung des Friedensvertrages führen kann, erhebt ohne weiteres. Dann kann ja allmählich die Bergwerksdirektion ganz Saarbrücken aufkaufen und — uns einfach rauschmeißen. Vielleicht ist das ein freundliches Ziel! Jedenfalls läßt sich die Bergwerksdirektion das Häuserkaufen sehr angelegen sein.

Wenn die Mieter ihre Wohnungen nicht freiwillig räumen, wozu sie natürlich bei den hiesigen Wohnungsverhältnissen nicht in der Lage sind, erwirkt die Bergwerksdirektion Räumungsurteil, das aus formalen Gründen, nämlich auf Grund der vorliegenden „Rechts“auffassung der Regierungskommission, ausgesprochen werden muß. Weiter. Mit dem Papier in der Hand fordert nun die Bergverwaltung vom Mieter die Räumung oder — Frankenzahlung. Da kommt aber nicht etwa das Sechssache des Friedenspreises heraus, wie das im Saargebiet zu gelten hat, sondern das 500- bis 800sache. So ist uns bekannt, daß in einem erworbenen Hause, das etwa ein Dutzend Mieter aufweist, die Bergverwaltung vom einzelnen Mieter, in Mark umgerechnet, jährlich gerade soviel verlangt, wie sie das ganze Haus gekostet hat. Sie hat es nämlich in Mark gekauft. Ein Mieter, der die Frankenzahlung nicht bezahlen kann, wurde gestern aus einem von der Bergwerksdirektion gekauften Hause in der Königin-Luisen-Straße durch den Gerichtsvollzieher mit Hilfe der Polizei hinausgeworfen. D. h. in seiner Abwesenheit wurde die Wohnung erbrocken, und die Möbel wurden in einen Möbelwagen geladen. Die Familie war obdachlos. Auf den Spektakel eines Verzweifelten, den der Mann auf der Bergwerksdirektion machte, wurde ihm eine andere Wohnung angeboten — die aber besetzt ist.

Sind diese Zustände nicht ein himmelschreiender Skandal? Die Familie ist also tatsächlich obdachlos! Ist das die Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung des Saargebiets?! Schweigt die Regierungskommission zu solchen Vorgängen? Was gedenkt der Landesrat zu tun?“

Soweit wir die Saarpresse verfolgt haben, hat die Saarregierung bis auf den heutigen Tag geschwiegen, sie wird auch weiterhin schweigen, da diese verbrecherische Wohnungspolitik der französischen Bergverwaltung mit Billigung der Saarregierung betrieben wird mit der von der „Saarbr. Ztg.“ angedeuteten Absicht, langsam aber sicher das Saargebiet zu entdeutschen. Alles im Namen des Völkerbundes zum Wohle der Saargebietbevölkerung! Vielleicht interessiert sich Herr Balfour auch einmal für diese Angelegenheit.

Frankentaumel und soziale Entrechtung.

Unter unsrern Lesern ist vielen sicherlich die Fabel von dem Wolf bekannt, der einmal seinen Vetter, den Hophund, besuchte. Beide unterhielten sich über die Zeiten und die Tüden der Menschen. Der Hophund dagegen war des Lobes voll. Er zeigte seinem armen Vetter die schöne, warm ausgepolsterte Hundehütte, den großen Futternapf, der ihm täglich wohlgefüllt gereicht wurde. Neidisch sah ihn der Wolf an und sagte plötzlich: „Was hast du eigentlich am Halse für sonderbare Stellen?“ Der Hophund sah zur Seite und sagte etwas verlegen: „Ah, das kommt von der Kette her, mit der mich mein Herr anbindet!“ Erschrocken wandte sich der Wolf zur Flucht und rief: „Lieber als freier Wolf hungern, als mir beim gefüllten Napf die Freiheit rauben lassen.“

An dieses Gleichtis erinnern die augenblidlichen Zustände im Saargebiet. Der Frankenthaler soll die Bevölkerung im allgemeinen über ihre wirtschaftliche und soziale Rechtlosigkeit hinwegtäuschen. In kluger Weise haben die Beauftragten der „Völkerbundsgouvernementskommission“ die Währungsfrage in die Saarbevölkerung hineingeworfen und glauben, daß durch diesen Währungstumpf, der auf der einen Seite Seite, auf der andern Seite Darbende geschaffen hat, die Widerstandskraft der Bevölkerung gegenüber den bekannten Französizierungsbemühungen gebrochen würde.

Leider wird diese Absicht von der breiten Masse der Arbeiter- und Angestelltenchaft viel zu wenig durchschaut. Seit dem Juni 1920, als die Währungsfrage von der französischen Bergwerksdirektion aufgeworfen wurde, hält diese die Bevölkerung in beabsichtigter dauernder Erregung. Die Schwerindustrie folgte, ebenfalls nicht aus wirtschaftlichen, sondern politischen Gründen. Post und Eisenbahn, gewaltsam in französische Hände gespielt, durften selbstverständlich nicht zurückbleiben. Immer wieder wußte die französische Propaganda die Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, wobei meist an die niedrigsten Leidenschaften der Masse appelliert wurde. Über der Diskussion über die Währungsfrage trat alles andere zurück. Der jeweilige Kurs der Franken — „Wie steht er“ — war wichtiger als gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, besonders in den schwerarbeitenden Betrieben. War dringender als die Einführung der „versprochenen“, aber nicht zur Durchführung gelangenden Arbeits- bzw. Erwerbslosenversicherung, als soziale Fürsorge für die am Verhungern stehenden Sozialrentner, Altpensionäre und Kriegsopfer.

Die demoralisierende Wirkung des Franken war beabsichtigt. Wenn irgendwo und irgendwie eine kleine Berufsgruppe, aufgepeitscht von bekannten Elementen, den Franken „verlangt“ oder hundert Mann dafür „demonstrierten“, dann füllten sich die Spalten des französischen Propagandablautes. Von den zahllosen Eingaben und Forderungen der wirtschaftlichen Organisationen schwieg das Blatt schamhaft. Forderungen, die mehr als berechtigt, werden seitens der Regierungskommission grundsätzlich nicht beantwortet. Man geht dort über die Wünsche der Arbeiter und Angestellten zur Tagesordnung über, weil man glaubt, der Frankentaumel täusche die Massen über ihre soziale, wirtschaftliche und politische Rechtlosigkeit hinweg. Weil die französische Bergverwaltung in treuer Gesinnungsgemeinschaft mit Eisenbahn, Post und Schwerindustrie jeden sozialen Fortschritt, der ja „aufreizend“ auf die französische Arbeiterschaft wirken könnte, abhält ist.

Wie lange noch wird die Arbeiter- und Angestelltenchaft diese Fessel ertragen? Wenn nicht alle Zeichen trügen, nicht mehr lange. Der Frankentaumel verfliegt. Mit Schrecken erkennt der Hand- und Kopfarbeiter seine trostlose Rechtlosigkeit. Er sieht, wohin man ihn führt, daß es nicht darum ging, ihn als vollwertigen Bürger des „Arbeiterstaates“ Saarabien zu betrachten, sondern als politischen und wirtschaftlichen Heloten. Auf diesem Gebiete ist sich die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft, abgesehen von wenigen, die auch da nicht gegen den französischen Stachel sich getrauen, einig und geschlossen. Die Zeiten der Blennung sind vorbei.

Regierungskommission, „hier ist Rhodus, hier also springe“.

Zwischen Saar und Mosel.

In der „Königsberger Hartungischen Zeitung“ finden wir folgende Reiseschilderung:

Wanderer, kommst du nach Saarbrücken, dann fahre — falls du erst am Nachmittag dort eintreffen würdest — nicht gleich in die durch den Versailler Frieden neu geschaffene Handelsmetropole, sondern steige in Neunkirchen, St. Ingbert, Böhligen, Saarlouis oder sonst einer Eisenbahnstation vor Saarbrücken aus, wenn du nicht nach dem vergeblichen Versuch, ein Quartier zu bekommen, am Abend nach einem dieser Dörfer zurückfahren willst. Denn wenn es auch zahlreiche Hotels in Saarbrücken gibt — eine ganze Straße in der Nähe des Bahnhofs besteht aus solchen —, so haben diese doch bereits am Vormittag alle ihre Zimmer ausverkauft, und du irrst verzweifelt von Hotel zu Hotel, um schließlich den erfolglosen Kampf aufzugeben und dein müdes Haupt außerhalb der Saarmetropole zur Ruhe zu legen.

Am andern Morgen fährst du dann frühzeitig nach Saarbrücken und findest schließlich im vierten oder fünften Hotel ein Zimmer für die kommende Nacht. Wenn es auch nicht größer ist als eine Schiffskabine und außer dem nötigen, übrigens guten Bett, nichts enthält als einen Nachttisch, einen Stuhl und einen Waschtisch — für Tisch und Sofa wäre ja kein Platz — und eine prächtige Aussicht auf einen engen Hof hat, kostet es doch nur 180 bis 200 Mark für die Nacht. Briefe schreiben kann man in einem solchen Zimmer allerdings nicht. Aber wozu sind denn die Restaurationsräume und Schreibzimmer da, wo man gleichzeitig, sofern man dafür Interesse hat, auch allerlei Geschäftsgeheimnisse anderer erfahren kann; denn diese Schreibstuben und Restaurationsräume der Saarbrücker Hotels sind gleichzeitig die Geschäftsräume des deutsch-französischen Clearing-Hauses Saarbrücken. Und so erfährt man denn in deutschen oder französischen, oder halb deutsch und halb französisch geführten Geprächen allerlei über Aktienverkäufe und den Austausch von Anteilscheinen, über die Gründung von neuen deutsch-französischen Handelsgesellschaften und vergleichen mehr, ohne daß man zu lauschen braucht. Es wird laut und deutlich gesprochen wie auf der Börse. Auch auf der Straße wird gehandelt, ganz Saarbrücken ist ja jetzt eine große Börse. An Bankgeschäften ist natürlich kein Mangel, und neben jeder Bank, manchmal auch zu beiden Seiten, laden luxuriös ausgestattete Kaffees zur

Erlöhung von der geschäftlichen Anstrengung ein. Saarbrücken ist eben auch eine Stadt der Kaffees, und wenn man durch die Bahnhofstraße des Stadtteiles St. Johann geht, könnte man meinen, die ganze Stadt lebe nur von Kaffee und Süßigkeiten, die sehr einladend zur Schau gestellt sind. Schließlich kostet auch eine sehr schöne Torte „nur“ 350 Mark.

Die nicht ebbaren Waren sind übrigens im Saargebiet nicht teurer als im übrigen Deutschen Reich. Dagegen zeigt sich ein nicht unerheblicher Preisunterschied in allen Eßwaren, den man im Durchschnitt wohl mit 75 Prozent in Ansatz bringen darf. Ob daran der Valutaunterschied, der Franken oder die starke Bevölkerungshäufung die Schuld trägt, will ich im Augenblick nicht untersuchen. Es genüge die Feststellung. Der Franken ist zurzeit in Saarbrücken das hauptsächlichste Geprächsthema. Nachdem jetzt die Beamten, die Bergleute, die Straßenbahner in Franken entlohnt werden, nimmt die Strömung auf weitere Einführung der Bezahlung in Franken ständig zu, weil bei dem niedrigen Stand der Mark die Frankenempfänger kleine Kröpfe gegenüber den in Mark entlohten Arbeitern und Angestellten sind. Industrie, Handel und Gewerbe haben sich allerdings bisher mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung der Frankenzählung zur Wehr gesetzt, weil sie befürchten, dann nicht mehr gegenüber dem übrigen Reich

konkurrenzfähig zu bleiben. Nur die Bäcker in Neunkirchen haben beschlossen, sich die weißen Brötchen in Centimes bezahlen zu lassen, weil sie auch das Weizenmehl mit Franken bezahlen müssen. Ebenso haben die Aerzte, Zahnärzte und Apotheker zu erwägen begonnen, ob sie nicht für ihre Leistungen gegenüber den Knappgeschaften Bezahlung in Franken verlangen sollen, da ihnen für die gelieferten Kohlen auch Franken abverlangt werden.

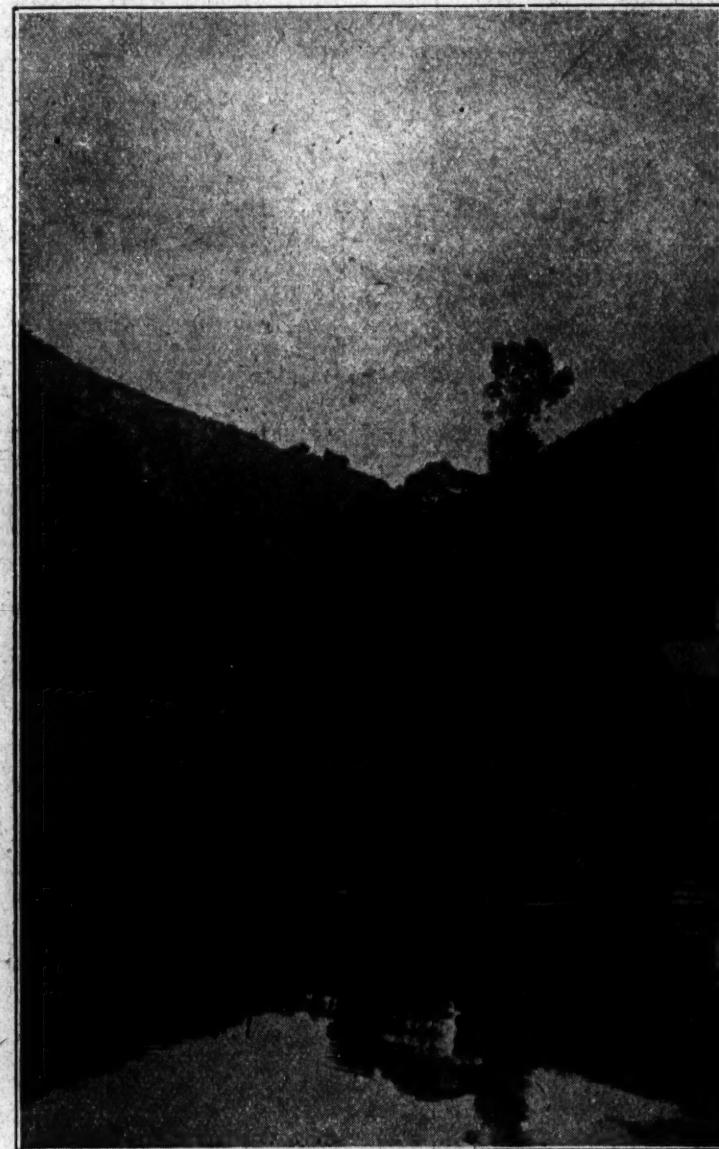
Während der Arbeiter bei den höheren Lebensmittelpreisen im Saargebiet und bei Markentlohnung eher schlechter gestellt ist als der Arbeiter im übrigen Reich, verdienen die Bergarbeiter und Straßenbahner 12 bis 18 Franken am Tag, das macht bei dem jetzigen niedrigen Kursstand der Mark 1300 bis 2000 Mark am Tag. Damit läuft sich's natürlich ganz gut leben, wenn auch das Pfund Schwarzbrot 18 Mark, das Pfund Kartoffeln 9 Mark, das Pfund Butter 350 Mark und das Pfund Margarine 250 Mark kostet. In meinem Hotel stand ein junger gebratener Hahn mit 400 Mark, eine Portion Blumenkohl mit 100 Mark auf der Speisekarte. Die billigste, allerdings reichliche Abendessenportion kostete 100 Mark. Auf den Franken umgerechnet, kommt das Hähnchen immerhin nur auf 3½ Franken zu stehen, und ein aus zwei deutschen Beefsteaks mit Beilage bestehendes Abendessen kommt noch nicht einmal auf einen Franken.

Für die Saarindustrie würde die allgemeine Einführung der Frankenzählung eine entscheidende Schädigung bedeuten, und deshalb sind auch jene Fabriken, in denen das französische Kapital in der Mehrheit ist, gegen die Frankenwährung. Für Deutschland wäre sie aber wohl kaum das nationale Unglück, das manche in ihr sehen, denn die Saarländer würden, wenn sie in zwölf Jahren über ihre staatliche Zugehörigkeit abstimmen dürften, nach Einführung der Frankenwährung fast alle als Markmillionäre ins Deutsche Reich zurückkehren.

Es kann übrigens geschehen, daß Leute, die im Saargebiet arbeiten und in Franken entlohnt werden, wenn sie in ihre Wohnorte zurückkehren, doch kein Geld haben, da bei starken Kurschwankungen die Banken sehr zurückhaltend im Umwechseln der Franken sind. Der vorsichtigste Devilshändler scheint allerdings die Reichsbahn zu sein. Sie berechnete, als die Saarbahn noch 81 Mark für den Franken forderte, diesen in Mannheim bereits mit 108 Mark. Ob sie wohl das Hinaufklettern des Franken schon eilige Tage vorausgeahnt hat? Es scheint, daß sie sich das Schicksal der Pfälzischen Bank zum warnenden Beispiel genommen

hat. Das mag für die Reichseisenbahn von Vorteil sein, nicht aber für den deutschen Reisenden, der ins Saargebiet reisen muß. Für diesen einen Fingerzeig! Man löse sich nicht direkt von einer deutschen Station eine Schnellzugskarte nach dem Saargebiet, sondern fahre nur bis zur letzten deutschen Schnellzugstation und halte von hier aus mit einem Personenzug seinen Einzug in das Saargebiet. Man spart dadurch auf alle Fälle den Franken Schnellzugszuschlag, den die Saarbahn erhebt, und wenn man vierter Klasse weiter fährt, noch einige hundert Mark dazu. Die gleiche Praxis gilt für die Ausreise.

Man fühlt sich ordentlich erleichtert, wenn man das Saargebiet hinter sich hat und nicht immerfort das Wort Franken in den Ohren klingen hört. Von besonderer Franzosenfreundlichkeit bemerkte man im Saargebiet nichts. Der Saarländer ist deutsch und will deutsch bleiben. Sein Verkehr mit den Franzosen beschränkt sich auf das Geschäftliche. Stärker als in Saarbrücken macht sich die französische Invasion in Trier bemerkbar. Die alte deutsche Bischofsstadt ist mit einer starken französischen Garnison belegt, und es herrscht hier nicht in allen Kreisen der Bevölkerung den Franzosen gegenüber die Zurückhaltung, die man vom deutschen Standpunkt aus wünschen möchte. Im alten fürstbischöflichen Palais haben sich die Franzosen eingquartiert, in allen Hotels, Wirtschaften und Kaffees machen sie



Saarstimmung.

sich breit. Und selbst wenn man durch die alten verträumten Winkel der von ehemaligen Domherrnhöfen gebildeten Straßen wandelt, kann es einem widerfahren, daß man von einem Franzosen weggewiesen wird. Ich hatte allerdings auch die Kühnheit, eine Inschrift lesen zu wollen, die besagte, daß heute noch an dem Gebäude die Spuren der Zerstörung durch die Franzosen zu sehen seien, als sie im 17. Jahrhundert (1645) Trier heimgesucht hatten.

Als ich dann mit der Moselalbahn heimwärts fuhr, hörte und sah ich wirklich nichts mehr von Franken und Franzosen. Und ich freute mich der stillen, verträumten Orte, die manchmal fast ein bisschen särlicher anmuten, wie der Wein, der auf ihren Höhen wächst. Nur an wenigen, besonders bevorzugten Lagen schlägt der Charakter der Moselorte etwas ins Provenzähne hinüber. Aber der stille Fluss, dessen Ruhe kein fauchendes, pfeifendes und rauchendes Dampfschiff stört, versöhnt uns bald wieder. In freudigem Genießen läßt man die Schönheit des Moseltales sich auswirken und hofft auf jene bessere Zeit, in der keine französische Tricolore mehr die Schönheit deutscher Städte- und Landschaftsbilder beeinträchtigen wird.

A. B.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Ein paar Worte in Freundschaft an die Regierungskommission.

Einem Auftrag der Parteiveranstaltung entsprechend hat der Vorstand der Ortsgruppe Saarbrücken der sozialdemokratischen Partei unter dem 11. Oktober das nachstehende eingeschriebene Schreiben an die Regierungskommission gerichtet:

„Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Saarbrücken hat sich in ihrer Mitgliederversammlung am 9. d. Ms. mit der von Ihnen am 20. September verfügten Ausweisung ihrer beiden Redakteure Lehmann und Rausch beschäftigt. Sie sieht in derselben eine Mahnahme, die davon zeugt, in welch brutaler Weise im Saargebiet durch ein Organ des Völkerbundes die freie Meinungsäußerung unterdrückt wird. Die Regierungskommission, die nach unserer Auffassung permanent gegen den Willen der Bevölkerung arbeitet, muß es sich schon gefallen lassen, von der Bevölkerung und deren Organen kritisiert zu werden. Wenn ihr diese Kritik unangenehm ist, so hat sie es in der Hand, durch Aenderung ihres bisher gesteuerten, absolutistischen Kurses, mittels Anwendung von wahrhaft demokratischen, treuhänderischen Verwaltungsmethoden derselben den Boden zu entziehen. Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Saarbrücken macht die Regierungskommission in allem Ernst auf die außerordentliche Bedeutlichkeit einer etwa beabsichtigten Fortsetzung dieser gegen sie, bzw. ihre Presse gerichteten Politik der Unterdrückung und Ausweisung aufmerksam.“

Ob es etwas hilft?! Die Herren in der Alleestraße haben ein dices hell! Die „Volkstimme“ bemerkte daher auch zu dem Schreiben:

„Die Regierungskommission lehrt sich den Teufel um Proteste. Dennoch muß sie sich sagen, daß jede Willkür ihre Grenzen findet, und diese Grenze scheint uns hier im Saargebiet nachgerade erreicht zu sein. Dem Völkerbund würde es fürwahr nichts schaden, wenn er der an der Saar von seinen eigenen Organen tagtäglich betriebenen Zerstörung seiner moralischen Werte endlich Einhalt gebieten würde.“

Von der Saarregierung ist nach allen bisherigen Erfahrungen keine Aenderung ihrer französischen Politik

zu erwarten. In Abwehr dieser Französierungsbestrebungen und -maßnahmen hatte sich die Bevölkerung durch Entscheidung von beglaubigten und bevollmächtigten Delegationen an den Völkerbund gewandt. Diese Schritte blieben nicht ganz unbeachtet und darob wurde man in Paris nervös. Wie die „Saarbrücker Zeitung“ aus Paris zu melden wußte, hat der französische Abgeordnete Lucien Hubert im französischen Senat eine Interpellation über die Saarpolitik eingebracht, die hauptsächlich mit der Reise der Saardelegation nach Genf sich beschäftigen soll. Dazu bemerkte die „Frankfurter Zeitung“: Diese Tatsache könnte an und für sich nicht verwundern, denn die Verwaltung des Saargebietes, über die jene Delegation sich beschweren mühte, geht ja formell nicht Frankreich, sondern den Völkerbund an. Aber sachlich ist es natürlich angebracht, daß man sich in Paris getroffen fühlt. In Wirklichkeit handelt ja die Regierungskommission an der Saar nicht als Mandatar des Völkerbundes, sondern der französischen Annexionspolitik. Über diese Tatsache in Genf Aufklärung zu verbreiten, war das Ziel der verschiedenen Abordnungen, die von der Saarbevölkerung dorthin entsandt worden sind. Wenn kürzlich ein angesehener Schweizer Publizist, der es sachlich zweifellos mit

dem Saargebiet ebenso wie mit Deutschland gut meint, die Eignung der Saardelegierten zur Erreichung ihres Ziels in Frage gezogen hat, so können wir nach allen anderen Berichten, die uns zugegangen sind, seinem Urteil uns nicht anschließen. Es scheint uns im Gegenteil, daß jene Abordnung eine recht wirkungsvolle Aufklärung verbreitet habe. Dafür spricht nun wohl auch das Bedürfnis der französischen Politiker, sich mit ihr zu beschäftigen.

Die Ausschaltung der Saardeutschen aus der Saarregierung wird unentwegt fortgesetzt. Jetzt wurde der Vizepräsident des Luxemburger Gerichts, Gustav Adolf Liesch, zum Verwaltungsdirektor ernannt, dem Generalsekretariat des Saargebietes beigeordnet und mit der Sondermission eines „Kommissars der Regierungskommission beim Landesrat“ betraut.

Diese Ernennung ist in mehrfacher Beziehung von Interesse. Einmal beweist sie, daß die Saarregierung sich den Teufel um ihre guten Lehren kümmert, die sie den saarländischen Gemeindebehörden gibt, nämlich in erster Linie „Saarländer“ als Beamtete anzustellen. Forderte sie doch z. B. noch am 24. Juli d. J. im entsprechenden Schreiben an die Städte Saarbrücken und St. Ingbert, „bei Besetzung von freigewordenen Stellen zunächst Saarländer“ zu berücksichtigen, indem sie gleichzeitig der Wahl von nichtsaarländischen Vertaltern die Genehmigung verhagte. Sie selbst aber belebt systematisch alle Posten in der Zentralregierung mit Ausländern, und zwar fast ausschließlich mit Franzosen, die, wie die saarländische Presse damals bemerkte, „kaum der deutschen Sprache mächtig und wo anders nicht zu gebrauchen sind“. Auch die obige Berufung bestätigt diese Tatsache erneut.

Dann aber bringt sie mit dieser Berufung zum Ausdruck, daß die „Herren Minister“ oder gar der Herr Präsident das von ihnen geschaffene „Saarparlament“ nicht mit ihrer werten Person beehren werden, daß sie gar nicht daran denken, den Vertretern des saarländischen Volkes Rede und Antwort zu stehen — das ist in einem „demokratischen“ Staatengebilde nicht erforderlich —; sie senden ihren „Kommissar“, der nicht befugt und autorisiert ist, bindende Antworten zu geben. Der „Kommissar“ wird sich auf seine Dienstanweisung berufen und erklären: die Regierungskommission ist dem Landesrat keine Rechenschaft schuldig. Herr Vische-Tu hat das in Genf seinerzeit ausdrücklich erklärt. Im übrigen hat die Saargebietbevölkerung ihm ein anständiges Gehalt in Franken zu bezahlen. Dazu berief man Herrn Liesch aus Luxemburg nach Saarbrücken, über dessen französische Einstellung kein Zweifel besteht — sonst hätte er diesen „ehrenvollen“ Auftrag nicht erhalten.

Geradezu ein Schulbeispiel für die

französische Einstellung der Saarregierung

bildet der vorbenannte Fall in Verbindung mit dem folgenden: Die Regierungskommission hat den vor kurzem ernannten Direktor des städtischen Gymnasiums, Studienrat Brettar aus Biersen, die Bestätigung verhagt, „da sie nur solche Personen zu lassen könne, die im Saargebiet geboren seien“.

Bei der Ernennung des Herrn Liesch hat man nicht nach dem Geburtschein, sondern einzlig allein darauf gesehen, daß er ein williges Werkzeug im Dienste Frankreichs darstellt. Die entsprechenden Feststellungen haben in Paris und in der Saarbrücker Alleestraße vollkommen beruhigt. Man sollte annehmen, die Chamotte müßte Herrn Rault ins Gesicht steigen, wenn er derartige Entscheidungen trifft, die vor aller Welt beweisen, daß

das angebliche Mandat des Völkerbundes eine Farce

darstellt, daß der Völkerbund den Mantel abgibt, den sich Frankreich und seine Helfershelfer umhängen, um vor der Welt seine Raubpläne zu verbergen. Und angesichts solcher Tatsachen gibt es in der Welt noch immer Leute, die von diesem Völkerbund das Heil der Welt, von Frankreich den Frieden der Menschheit erwarten. Die Fälle Liesch-Brettar sind eine Niedertracht der Saarregierung, die, sollte man meinen, nicht mehr überboten werden könnte. Wir sind aber überzeugt, daß Herr Rault sich in der Bekämpfung alles Deutschen selbst überbietet.

In unserer letzten Nummer teilten wir die Zusammensetzung des sogenannten Studienausschusses mit. Die Persönlichkeiten sind ihrer Gesinnung nach nur in wenigen Fällen bekannt. Wenn man aber von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß alles, was von der Alleestraße kommt, mit Vorsicht aufzunehmen ist, dann wird man sich auch hier sagen: Vorsicht. Zum

Vorsitzenden des Studienausschusses

ist Notar Kohler aus Neunkirchen von der Saarregierung ernannt worden. Vielleicht klärt das etwas die Situation. Kohler ist Intimus des bereits mehrfach unangenehm aufgefallenen Oberregierungsrats Köhmann. Er machte vor den Landratswahlen alle Anstrengungen, auf die Kandidatenliste zu kommen. Das Zentrum, das seine Pappenhimer kennt, lehnte kühl ab. Um so eifriger agitierte Kohler gegen die Kandidatur Levacher-Saarlouis, der bekanntlich während des Beamtenstreits 1920 aus-

gewiesen wurde, später aber wieder zurückkehrte. Levacher hat sich seitdem unablässig und nachdrücklich für die deutschen Interessen des Saargebiets eingesetzt. Wenn er von Herrn Kohler eifrig bekämpft wurde, so beweist das zur Genüge, welch Geistes Kind er ist. Seine Ernennung zum Vorsitzenden des Studienausschusses bedeutet eine Anerkennung seiner Gesinnung. Man könnte daraus u. U. auf die künftigen Arbeiten des ganzen Ausschusses schließen. Sollte er ein Gegengewicht gegen den einwandfrei deutschen Landesrat abgeben?

Auf saardeutsche Interessen aber glaubt die Saarregierung trotz ihres Auftrages vom Völkerbund keinerlei Rücksicht nehmen zu brauchen. So wurde auf Verfügung der Rheinlandkommission bekanntlich im besetzten Gebiet am 8. Oktober wieder ohne jede Berechtigung und ohne Notwendigkeit die westeuropäische Zeit eingeführt und pflichtschuldig ordnete die „unabhängige“ Saarregierung diese in Frankreich gültige westeuropäische Zeit auch für das Saargebiet an, ungeachtet der

außerordentlichen wirtschaftlichen Schädigungen und Störungen.

Die Bevölkerung und der Handel haben energisch, selbstverständlich völlig erfolglos gegen diese durch nichts begründete Maßnahme der Saarregierung protestiert. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet sagt in einer Veröffentlichung in der Presse u. a.: Alle Bemühungen, die Regierungskommission von diesem Beschluss abzubringen, sind erfolglos geblieben. Nachdem sich die neue Zeiteinteilung in der Praxis in diesen Tagen ausgewirkt hat, erhebt sich erneut aus allen Kreisen die berechtigte Forderung nach Wiederherstellung der mitteleuropäischen Zeit. Ist doch ein großer Teil der Arbeitstätigkeit in den Büros und den Handelsgeschäften in eine Zeit gerückt, in welcher sich überflüssigerweise überaus teurer Lichtverbrauch notwendig macht. Was das bei den heutigen Preisen an Elektrizität und Gas für den Unkosten-Etat bedeutet, brauchen wir nicht näher darzutun. Aber nicht allein die Mehrkosten für den Lichtverbrauch spielen hierbei eine Rolle. Es ist vielmehr durch die gestiegerte Inanspruchnahme des Stromes ernstlich zu befürchten, daß mit empfindlichen Störungen in der Lichtversorgung gerechnet werden muss, wenn nicht die beteiligten Kreise von sich aus für eine Entlastung Sorge tragen. Wir weisen hierbei auf die Tatsache hin, daß das Städtische Elektrizitätswerk Saarbrücken bereits mehreren Kaufhäusern die bisherige Stromabnahme mit der Begründung gekündigt hat, daß sich die Schwierigkeiten in der Versorgung ständig steigern würden.

Angesichts dieser Sachlage erscheint es selbstverständlich, daß die Handel und Gewerbe treibenden Kreise sich mit allem Nachdruck für die Beibehaltung der mitteleuropäischen Zeit, wenigstens im bürgerlichen Leben, einsetzen, um das Tageslicht entsprechend auszunützen und die Kosten für Beleuchtung auf ein erträgliches Maß herabdrücken zu können. Leider läßt sich im Augenblick für den Bahnverkehr eine Anpassung der Züge an die grundsätzlich von weiten Kreisen schon beschlossene Verlegung der Geschäftsstunden nicht mehr ohne weiteres verwirklichen. Es wird aber von der Handelskammer in Gemeinschaft mit uns eine Aussprache mit der Eisenbahndirektion herbeigeführt, die den Zweck haben soll, für das in den Büros und Geschäftshäusern beschäftigte auswärtige Personal entsprechende Zugverbindungen zu erstellen.

In einer Bekanntmachung der städtischen Betriebswerke wurde gesagt, daß diese infolge der Einführung der westeuropäischen Zeit nicht mehr in der Lage sind, die gewerblichen Betriebe spät nachmittags ausreichend mit Kraft zu versorgen. In einer starkbesuchten Versammlung der Groß- und Kleinhandelsvertreter trat jetzt die einmütige Auffassung hervor, daß die westeuropäische Zeit keinesfalls den Wünschen oder gar den Bedürfnissen des saarländischen Wirtschaftslebens gerecht zu werden vermag. Die Einführung dieser Zeit wirkt nur hemmend für Saarhandel und Gewerbe und erhöht ganz gewaltig die Generalunkosten der Betriebsführung. Es sollen jetzt geeignete Maßnahmen getroffen werden, um den neuen Erfordernissen im Wirtschaftsleben Rechnung zu tragen.

Das alles aber sind für die zur Sicherung der Rechte der Wohlfahrt der Bevölkerung eingesetzte Regierungskommission Nebenfragen, die Hauptfrage ist für sie

der Befehl von Paris!

Herr Rault bekommt höchstens einen roten Kopf, wenn er auf seine, die Saarinteressen aufs schwerste schädigenden Maßnahmen aufmerksam gemacht wird und sagt sich im Innern: Nun erst recht! Alles das sind die Dinge, die sich Herr Balfour einmal ganz unbeeinflußt im Saargebiet selbst ansehen sollte. Er würde keine zweite Rede wie die letztere in Genf halten.

Zur Beleuchtung des Urteils gegen Valentin Schäfer.

teilt die „Saarbrücker Landeszeitung“ ein Gegenstück mit, danach hatte ein Beamter der Stadt Saarbrücken den dienstlichen Auf-

trag, bei einem in der Stadt wohnenden französischen Soldaten in Steuerangelegenheiten vorzusprechen. Er wurde dort, wie man von einem Franzosen doch eigentlich nicht erwarten sollte (?), sehr unhöflich aufgenommen und bekam schließlich die bekannte kräftige Neuherung des Götz von Berlichingen an den Kopf geworfen. Der Beamte beschwerte sich dann bei seinen Vorgesetzten und diese erhoben bei der Militärbehörde Beschwerde wegen Beleidigung eines Beamten in Ausübung seines Dienstes. Mittlerweile wurde der Soldat zu einem Truppen teil außerhalb des Saargebiets verlegt. Vor kurzem traf nun vom Komm. General der Truppen am Rhein die Antwort auf die Beschwerde ein, die einfach kurz besagt, die Militärbehörde habe keinen Anlaß, gegen den betreffenden Soldaten vorzugehen.

Was sagt hierzu die Saarregierung, was Herr Oberstaatsanwalt Keller gegen die Beleidigung der saarländischen Beamten schaft durch einen französischen Schmarotzer? Wahrscheinlich fühlen sie sich durch solchen Zugriff außerst geehrt — wie sie's auch verdienen!

Kürzlich wurde

Lisbeth Dill unter Zensur

gestellt. Lisbeth Dill darf als bekannte saarländische Schriftstellerin angesprochen werden. In diesen Tagen veranstaltete sie einen Lesabend in Saarbrücken. Leider mußte sie — wie die „Saarbrücker Zeitung“ sehr vorsichtig andeutet — in letzter Stunde aus gewissen Rücksichten das für Saarbrücken festgesetzte Programm ändern. Sie gab dezent davon Kenntnis. Die Hörer nahmen lächelnd Notiz davon, denn sie sind längst vertraut mit den törichten Angstgefühlen und unnötigen Bellemmungen, wie sie in unserem international verwalteten deutschen Gebiet gewisse Gemüter bedrückt, sobald deutsche Redner sprechen. Es ist nutzlos, hier weiter auf die Sache einzugehen, ein wenig Nachdenken, und man wird endlich mit diesen kleinlichen Plaudereien im eigenen Interesse aufhören. Der Schriftstellerin lag natürlich jede Provokation von vornherein fern, sie wollte in der Heimat auftreten, und die Besucher und Freunde ihrer Erzeugnisse wollten sie persönlich kennen lernen und sie selbst aus ihren Werken vortragen hören. Man hatte nicht nötig, dahinter etwas Gefährliches zu wittern.

„Das heißt also: „Man“ — d. h. die französische Polizeidirektion in Saarbrücken — hatte ihr auf Befehl von Herrn Rault (der wieder auf generelle Anweisungen von Paris sich bestätigte) zu verstehen gegeben: Es ist alles aus dem Vortrage herauszulassen, was saardeutsch klingt oder deutsche Töne verrät. Denn das Saargebiet ist „Völkerbundsland“, wo Demokratie und Gewissensfreiheit für die — Franzosen herrscht, die Bewohner aber, die Saardeutschen, haben das Maul zu halten.“

Und dennoch:

Es wird deutsch gesprochen!

In einer der letzten Sitzungen des Saarbrücker Stadtparlaments führte der Stadtverordnete Karius von der Zentrumsraktei Beschwerde darüber, daß in Saarbrücken noch immer Schilder anzutreffen seien, die die französische Aufschrift an erster Stelle tragen. Bürgermeister Neikes betonte in seiner Erwiderung, daß die Landes- und Amtssprache deutsch sei, diese also auch an erster Stelle zu stehen habe.

Saarbrücken steht nicht vereinzelt da. Fast in allen Gemeinden des Saargebiets herrscht noch der unwürdige Zustand, daß der deutschführende und deutschdenkende Einwohner zuerst französische Aufschriften lesen muß, ehe er von den Schildern an Straßentreuzungen und Brücken erfahren kann, was erlaubt und was verboten ist. Es wäre wünschenswert, wenn die verantwortlichen Behörden schnellstens auf eine Abstellung dieses Uebelstandes drängen würden. Aus Bequemlichkeit wollen wir nicht den Anschein erwecken, als ob im Saargebiet die Leute französisch sprechen und verstehen könnten.

Das ist um so unangebrachter, als von der französischen Propagandazentrale in Saarbrücken (der französischen, Herr Balfour!) mit Nachdruck und mit

schärfem Kurs gegen Deutschland

gearbeitet wird. Das macht sich auch durch verschiedene Veränderungen bemerkbar, die in dem französischen Propagandaorgan vor sich gegangen sind. Den deutschen Frankenjudas Victor Weber hat man, wie wir seinerzeit mitteilten, ausgebootet. Durch eine Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Saarbrücken ist ferner bekannt geworden, daß die Firma E. Schaal u. Cie. (Verlag des „Nouveau Courrier de la Sarre“) als Gesellschaft aufgelöst wurde und daß der bisherige Gesellschafter Emil Schaal alleiniger Inhaber der Firma ist, der sie unverändert weiterführen werde. Emil Schaal alleiniger Inhaber eines Verlages, der nachweislich bisher mit Unterbilanz arbeitete. Im Jahre 1919 äußerte sich

dessen Bruder einmal in vertrautem Kreise: „Ich weiß nicht, wo Emil plötzlich das Geld her hat, denn noch vor kurzem hatte er keinen ganzen Hosenboden.“

Die Frage ist heute um so berechtigter, als Emil Schaal als „alleiniger Inhaber der Firma“ über Autos und zahlreiche Franken verfügt. Aber die Tendenz des Blattes läuft die Anzeigehetit ohne weiteres; es ist sogar festzustellen, daß seine Deutschfeindlichkeit sich noch verstärkt, obwohl er in einer Briefkastennotiz jedem „Schnüffler“ eine Prämie verspricht, falls er im „Nouveau Courrier“ irgendeine Zeile entdecken würde, „die aus einer dem Deutschtum“ feindseligen Gesinnung entspringt“. So, Herr Schaal! Vielleicht ist Ihnen der Inhalt Ihres Blattes selbst so widerlich, daß Sie dieses französische Organ selbst nicht lesen, sonst würden Sie auf jeder Seite unzählige Fälle entdecken, die man nicht als deutschfreundlich, aber als sehr französischfreundlich bezeichnen muß. Und da französischfreundlich nach Auffassung Ihrer Geldgeber gleichbedeutend mit deutschfeindlich ist, so dient Ihr Organ ausschließlich deutscher Feindlichen Bestrebungen. Sie wollen doch zum Unterschied zu 99,9 Prozent der Saargebietbevölkerung das Saargebiet Frankreich ausliefern — ist das Bestreben deutschfreundlich? Auch im Verlag des „Saarlouis Journal“, das bisher als Kopfblatt des „Nouveau Courrier de la Sarre“ herausgegeben wurde, ist eine Veränderung eingetreten, da dieser Verlag in eine Aktiengesellschaft mit französischem Kapital umgewandelt wurde. Zu den Gesellschaftern gehören die berüchtigten Fabviers, die mit Hilfe dieses Blattes nach dem Muster der rheinischen Hochverräters Blätter besonders das platten Land bearbeiten soll, während das Saarbrücker Franzosen-Organ, das im Saargebiet keinerlei Boden gewinnen konnte, vor allem der Auslandspropaganda dienen soll. Auch die übrigen Kopfblätter dieses Franzosen-Verlages sollen jetzt intensiver auf den Bauernfang ausgehen, nachdem in Paris entsprechende reichliche Geldmittel flüssig gemacht wurden. Alle diese Blätter würden niemals Dumme einfangen können, wenn sie nicht

von Deutschen gedankenlos unterstützt und gefördert würden.

Jeder einzelne Deutsche im Saargebiet sollte sich vor jeder Handlung, die eine politische Auswertung erfahren könnte, genau überlegen, ob sie nicht die Französierung fördern kann. Denn nicht das ist ausschlaggebend, daß die Bevölkerung zu 99 Prozent deutsch ist, denkt und fühlt, sondern welche Auslegung irgendeine wirtschaftliche, politische oder kulturelle Handlung oder Erscheinung erfährt oder erfahren kann. Oberschlesien sollte uns dafür ein stets mahnendes Feuerzeichen sein! Dort hat man wirtschaftliche und administrative Zusammenhänge konstruiert, die äußerlich vielleicht vorhanden schienen, innerlich nie bestanden haben, um damit den Volkswillen einfach beiseite zu schieben. Die Berichte der Regierungskommission an den Völkerbund sind die zweite ernste Mahnung an die Saarbevölkerung, falschen Anschein zu vermeiden. Und nun sehe man sich einmal den Anzeigenteil der französischen Propagandazeitung für das Saargebiet an! Jedes Kind weiß es, wer diese Blätter schuf und welchen Zwecken sie dienen. Sie arbeiten konsequent an der politischen Umstellung des Saargebiets nach Westen, bereiten die französische Annexion des Saargebiets vor. Und diese Aufgaben und Ziele werden durch folgende saarländische Firmen geldlich unterstützt, da sie in diesem Organ inserieren:

Münchner Kindl, Besitzer J. Degen, „Bolzhofer Bachusdiele, Saarbrücken, Trierer Str., Bahnhof-Hotel, Saarbrücken 3, Kaiserstr. 50, Baldes Braustühl, Saarbrücken 3, Bahnhofstr. 34, Café Atlantic, Saarbrücken 3, Gitterstr. 12, Café Stern, Saarbrücken 3, Lyon Söhne, Saarbrücken, Geschwister Gutmann, Saarbrücken 3, Sulzbachstraße, Automobil-Reparaturwerkstätte Th. Busch, Saarbrücken 2, Kammer-Lichtspiele, Saarbrücken 3, Apollo-Lichtspiele, Zigarettenfabrik „Khalif“ A.-G. Saarbrücken 2, Zentralkinem, Saarbrücken, Saar-Express, Saarbrücken 1, Gutenbergstr. 14, Café Wittelsbach, Inh. Adolf Holz, Saarbrücken, Schummer u. Böttnerberg, Saarbrücken 2, Körnerstr. 28a, Carl Schäfer, Saarbrücken 3, Sulzbachstr. 15, Meißner u. Heldrich, Saarbrücken 3, Sulzbachstr. 15, Gebr. Wilmanns u. Co., Saarbrücken 1, „Propaganda“ (?) Saarbrücken 3, Kaiserstr. 44, J. Kallhoff, Saarbrücken 2, Tapeten-Großhandlung, Saar- und Rhein-Asseturanz Emil Boulling u. Cie, Saarbrücken 3, Kaiserstr. 44, Manufakturwaren-Börse, G. m. b. H. Inh. Fiebig Schwandt, Saarbrücken 3, Triererstr. 12, Westerwalder Aluminium Industrie Hirschfeld-Erbach, Mohr u. Cie, Saarbrücken 3, Försterstr. 27, Alfred Wilhelm, Saarbrücken, Hohenzollernstr. 27, Treuhand-Gesellschaft m. b. H., Saarbrücken, Petersbergstr. 3, Nebenhuhn, Saarbrücken 1, Eisenbahnstr. 21, Passage-Kauf-

haus A.-G., Saarbrücken-Sulzbach, Wein-Restaurant „Kroko-dil“, Saarbrücken 3, Bekenstr. 1, Th. Busch, Saarbrücken II, Helmutstr. 4 und Breitenbachstr. 16, Metropol-Lichtspiele, Burbach, Wilhelmstr., „Trocadero“, Inh.: J. Thines, Saarbrücken 3, Dudweilerstr. 59, Saar-Brikettwerke, G. m. b. H., Saarbrücken 3, Schillerstr. 15, Karl Menn, G. m. b. H., Saarbrücken 3, Dudweilerstr. 6, Radrrennbahn Saar-Olympia, Saarbrücken, Weinkellereien der Akt.-Ges. Kath. Vereinshaus, Mainzerstr. 30.

Das ist die Auslese aus zwei beliebig herausgegriffenen Nummern des Saarbrücker Propagandablautes. Der eine oder andere der angeführten Inserenten wird anführen, er habe dem Blatte nie eine Anzeige aufgegeben, habe auch nie etwas dafür bezahlt. Die Entschuldigung gilt nicht, solange er nicht mit allen Mitteln darauf dringt, daß seine Firma aus dem Blatte herausbleibt. So etwas mag nebensächlich erscheinen, sieht aber sofort anders aus, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieses Blatt der französischen Propaganda auch im Ausland dient. Das Blatt geht auf Kosten französischer Propagandafonds ins Ausland, wo man unter Hinweis auf den Anzeigenteil den Anschein versucht: das Blatt gibt die wahre Stimmung der Bevölkerung im Saargebiet wieder!

Ahnlich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Frankenpropaganda.

Die Frankenwährung im Saargebiet hat das wirtschaftliche Elend, die soziale Not und die sittliche Korruption herbeigeführt. Darüber sind sich alle Kreise, Stände, Organisationen und Körperschaften einig. Trotzdem findet man bei der Förderung der Franken eine Gedankenlosigkeit, die bedauerlich ist. In einer Nummer der „Saarbr. Ztg.“ fanden sich bei flüchtiger Feststellung sechs Anzeigen, in denen gegen Frankenzahlung Verkäufe angeboten wurden, und zwar: eine „herrschaftliche Villa in freier Lage Saarbrückens, mit großem Park und Obstgarten, sofort beziehbar, in Franken zu verkaufen. Eugen Kieß, Königin-Luisen-Straße 55, 1 Et.“ — „Ein dreistöckiges, neues Wohnhaus mit gutgehendem Geschäft sofort gegen Franken zu verkaufen.“ — „Herrschaftliches Wohnhaus zu verkaufen in sehr schöner Lage, 4 Morgen Land, 200 Obstbäume, 2 Stunden von Saarbrücken. Kann sofort bezogen werden. Preis 10 000 Franken.“ — „Wohnung im Ostviertel Saarbrückens, drei, komfortabel eingerichtet (Eßzimmer, Herrenzimmer, zwei Schlafzimmer, Küche, Bad, Zubehör), komplett, gegen Franken höchst gebot abzugeben.“ — „Ein der Neuzeit eingerichtetes Weinrestaurant, im Zentrum der Stadt Saarbrücken, sofort gegen Franken zu verkaufen.“ — „Antiker Sekretär, Einlegearbeit, seltenes Stück, für 2500 Franken zu verkaufen.“ In letzten fünf Fällen war Näheres in der Geschäftsstelle der „Saarbrücker Zeitung“ zu erfragen.

Die letschd Mick.

Wie ich gischder am Ohwend am Fischder grad hude
Un mei Kleebche noch flubbe, die Stroß mer begude,
Denk ich als: Wie is doch schun so gääl unser Wald!
Nimmeh lang dauert's jetzt, un dann werd's aa schun kalt.

Un us amoool, do brummt mer so ebbes am Ohr,
Wie ich's weggeschlaan, do kommt's wie e Mick mer doch vor!
Ei woahrhaftisch! Do fliet an die Scheib se jo grad!
Selle Mick is die letschd! Jetzt gebbt's Herbischd. — Ach wie schad! —

Jo, im Summer do han ich so dedmols gescholl,
Wenn die Kich und die Schlooschtubb mit Mick so voll.
Wenn das Dreckzeich em allegebett fliet ins Glas
Un expreß em beim Schloose grad sitzt uf der Nas.

Awer jetzt dhud's mer lääd, daß se allegat fort.
Wo e Mick is, is Läwe, is gar hämlich de Ort.
Drum die letschd do soll werre gar treilich behiet,
Daz de Winter noch lang in die Schtubb uns nit zieht.

Do uss amoool, do schbier ich e Schdisch uss der Glaz. —
Ei de Dunner, die Mick hat gewechselt de Platz! —
Un ich schlaan uss mei Kop mier e Blacke so rot,
Vorbei is de Summer! — Die letschd Mick is dod.

Der Kusäng
in der „Saar- u. Bliesztg.“

Geh. Oberbergrat Wilh. Cleff Berghauptmann in Halle.

Geh. Oberbergrat Wilh. Cleff wurde unter Ernennung zum Berghauptmann mit dem 1. Oktober d. J. an das Oberbergamt Halle versetzt. Berghauptmann Cleff ist aufs engste mit dem Saarbergbau und mit der Saarheimat verwachsen; seine wärmsten Sympathien hat er dem Saargebiet erhalten, auch als er es auf dienstlichen Ruf verließ. Deshalb haben wir, hat das Saargebiet berechtigten Grund, den Berghauptmann Cleff als einen der Unsrigen zu betrachten und ihm aus vollem Herzen unsere Glückwünsche zu seiner Ernennung auszusprechen. Der Ruf nach Halle reicht ihn aus seinem bisherigen Wirkungskreis im Preußischen Handelsministerium, reicht ihn auch aus der Mitte unserer Berliner Saargebietsarbeit. Sein Zugehörigkeitsgefühl zu den Bewohnern des Saargebiets; sein warmes Interesse für das Geschick der deutschen Saarheimat hatten ihn veranlaßt, gleich nach der Gründung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ mit dieser in Verbindung zu treten, um ihr mit Rat und Tat seine Kräfte zu leihen. Er hat uns und dem Saargebiet diese Treue gehalten bis auf den heutigen Tag und will sie auch halten über seine Berliner Tätigkeit hinaus.

Berghauptmann Cleff ist der Sohn des Mühlenbesitzers Ferdinand Cleff in Barmen im Rheinland. Nach Ablegung des Abiturientenexams im Jahre 1879 begann er seine bergmännische Laufbahn auf den Erzgruben des Bergreviers Diez, wo er zunächst als Bergmann arbeitete. Er studierte dann an den Universitäten Bonn und Berlin und auf der Bergakademie zu Clausthal, wo er 1884 die Bergreferendarprüfung ablegte. Im Anschluß daran kam er zum erstenmal und zwar 1885 in das Saarrevier, wo er auf dem Steinkohlenbergwerk Dubweiler technisch und geschäftlich für die höhere Verwaltungskarriere ausgebildet wurde. 1889 bestand er seine zweite Staatsprüfung als Bergassessor, um dann nach Dortmund zu gehen. Im Jahre 1892 kam er zum zweitenmal ins Saargebiet und zwar wurde er mit der Verwaltung der Berginspektorstelle auf dem Steinkohlenbergwerk Sulzbach betraut. Er hat dann in der Saarbergverwaltung die verschiedensten Stellen bekleidet, bis er am 11. März 1907 zum Geh. Bergrat und Bergwerksdirektionsvorsitzenden an der Bergwerksdirektion in Saarbrücken befördert wurde. Nach vierjähriger Tätigkeit wurde er als Geh. Oberbergrat an das Ministerium für Handel und Gewerbe versetzt, wo er bis zum 1. Oktober d. J. weilte.

Berghauptmann Cleff hat sich nicht mit seiner rein dienstlichen Tätigkeit im Saargebiet begnügt, vielmehr war es ihm Herzensbedürfnis, auch der Bevölkerung des Landes nahe zu kommen. Sein liebenswürdiger Charakter ebnete ihm hierzu die Wege. Mit besonderer Anteilnahme widmete er sich den Bestrebungen zur Errichtung der Jugend und fand in der Saarturnerschaft ein weites Betätigungsfeld. Er war einer der Hauptförderer des Spicherer Berg-, Turn- und Spielfestes, zu welchem er im Jahre 1909 einen Wanderpreis stiftete mit dem Wunsche, „daß das Streben nach Fortentwicklung der körperlichen Fähigkeiten stets Hand in Hand gehen möge mit dem Streben nach den hohen Zielen unseres Volkes und Vaterlandes“. Welch feste Bande ihn noch heute mit den saardeutschen Turnern verbinden, erwies sich bei dem Kammers zum Besten der saarländischen Turner aus Anlaß der deutschen Kampfspiele in Berlin, wo ihnen der damalige Geh. Oberbergrat Cleff persönlich herzliches Willkommen und saardeutsches „Glück auf“ entbot und sie daran erinnerte, daß sie Träger des deutschen Heimatgedankens im Saargebiet seien und auch in der Zukunft sein mühten. Daneben widmete sich Berghauptmann Cleff während seiner Saarbrücker Tätigkeit dem Kriegervereinsleben; gehörte er doch dem 3. westfälischen Infanterieregiment Nr. 16 als Hauptmann der Reserve an.

Als er im Jahre 1911 nach seiner Berufung ins Preußische Handelsministerium das Saargebiet verließ, rief er beim Abschied den Saarbergleuten und der Bevölkerung an der Saar zu: „Komme, was da kommen mag, die Stunde rinnt auch durch den schwersten Tag.“ Und als er im Mai d. J. auf unserm Dortmunder Bundestag anschließend an den Bericht über die Notlage im Saargebiet das Wort ergriff, da klang seine Ansprache aus in der ernsten Betonung: „Wir müssen der Saar helfen!“

In diesen Worten bekundet sich der Ernst und der Wille, seine ganze Kraft dem Werk zu widmen, das dem Besten der Saarheimat, dem Deutschtum an der Saar gilt. In den Sitzungen des Aufsichts- und Beratungsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, dem er angehört, hat er bewiesen, wie sehr ihm das Saargebiet am Herzen liegt. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß er trotz seines Weggangs von Berlin doch mit ungeminderter Anteilnahme unserer Saargebietsarbeit dienen will. Wir wissen, daß er sein Wort halten und uns und damit dem Saargebiet zur Seite stehen wird. Ihm gilt unser Dank für das, was er uns bisher war, unsere Genugtuung darüber, daß er auch weiterhin mit uns arbeiten wird. Darum von ganzem Herzen dem Berghauptmann Cleff für seine künftige Tätigkeit ein herzliches „Glück auf“!

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Zurzeit sielen im Foyer des Saalbaus eine Reihe von Düsseldorfer Künstlern (Künstlervereinigung „Niederrhein“) ihre Arbeiten aus. Das Gesamtbild ist im ganzen erfreulich. Die Stadt hat eines der von der Vereinigung Münchener Künstler (Harring) hier ausgestellten Ölgemälde für den Rathaussitzungssaal erworben um den Preis von 40 000 M. Es handelt sich um ein Hochofenmotiv von Erich Merker. Der angekaufte Merker ist ein gut gemaltes Bild, tief aber scheinbar nicht ohne Berechtigung den Protest der einheimischen Künstler und Kunstfreunde hervor. Es wurde in der Presse u. a. darauf hingewiesen, daß Richard Wenzels „Industrie“ wesentlich eindrucksvoller sei. — Im November stellt der „Bund bildender Künstler an der Saar“ hier aus. — Im dritten Vierteljahr des Jahres 1922 wurden bei den beiden Standesämtern der Stadt 660 Geburten, 34 Totgeburten und 318 Sterbefälle zur Anzeige gebracht; ferner wurden 437 Eheschließungen vorgenommen. — Das Friseurgewerbe ist jetzt dazu übergegangen, für seine Dienste Bezahlung in der Frankwährung zu fordern. Wer keine Franken hat, bekommt den Preis zum jeweiligen Tageskurs in Mark umgethetzt. Das Rasiere kostet 25 Centimes, Haarschneiden 85 Centimes, Bartschneiden 70 Centimes, Kopfwaschen 50 Centimes! — Seit dem 15. Oktober kostet ein Vierpfundbrot, das auf Brotmarken abgegeben wird, 135 M. — Nach dem Bericht des städtischen Arbeitsnachweises hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Monat September weiter verschlechtert. Gegen den Monat August ist die Zahl der Arbeitssuchenden um 12 Proz. gestiegen während die Zahl der gemeldeten offenen Stellen um 32 Proz. zurückging. — Vom 15. Oktober ab kostet die billigste Fahrt auf der Straßenbahn (zwei Teilstrecken) 25 Mark. Für eine unpersönliche Monatskarte, die für die längste Fahrstrecke Gültigkeit hat, werden nicht weniger als 12 930 Mark gefordert! — Donnerstag, den 12. Oktober, kamen rund 120 katholische Ferienkinder aus Saarbrücken und Umgegend von einem neunwöchigen Aufenthalt in der Osnabrücker Gegend zurück. Alle Kinder erfreuten sich eines geradezu glänzenden Aussehens. — Welchen Umgang die Rad- und Autoraserei in Saarbrücken angenommen hat, erhellt aus einer Nachricht, nach der bei einer Streife der Polizei 144 Personen wegen Nichtbeachtung der für den Auto- und Radverkehr erlassenen Vorschriften zur Anzeige gebracht wurden. — Von einem Auto übersfahren und getötet wurde in der Nacht zum 16. Oktober in der Bahnhofstraße die 25 Jahre alte Tochter Cäcilie des bekannten Wirtes Kalens. — Am 16. Oktober wurde ein Hüttenarbeiter auf seiner Arbeitsstelle auf der Burbacher Hütte vor seinem Schrank bewußtlos aufgefunden. Die sofort angewandten Wiederbelebungsversuche mit dem Sauerstoffapparat blieben erfolglos. Der Mann wurde nach dem Hüttenlazarett geschafft, wo der bereits eingetretene Tod infolge Gasvergiftung festgestellt wurde. — Vom hiesigen Schwurgericht wurde der Schlosser Jacob Kaspari aus Heiligenwald, der in der Nacht vom 5. zum 6. November 1921 den Landwirt Wellen vorfällig getötet und beraubt hat, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte lebenslängliches Zuchthaus beantragt. — Tödlich verunglückt ist auf der Burbacher Hütte ein Hüttenarbeiter, Vater von 5 Kindern. Er stürzte beim Hochofen 6 in den Schacht, wodurch er sich einen Schädelbruch, schwere Brustquetschungen und mehrere Rippenbrüche zuzog. — Der Hauptausschuß der Oberpreisprüfungscommission hat den Erzeugerpreis für Kartoffeln aus dem Saargebiet für die Zeit vom 15. September bis 1. Oktober mit 800 Mark, für die Zeit vom 1. Oktober bis 20. Oktober mit 900 Mark als angemessen bezeichnet. Für die Zeit ab 20. Oktober wird ein Erzeugerpreis, der bis 75 Prozent über dem deutschen Erzeugerpreis steht, als angemessen erachtet.

Völklingen. Ab 1. Oktober werden auf der Straßenbahn die Fahrpreise in Franken erhoben. Eine Teilstrecke kostet 20 Centimes.

Ludweiler. Am 16. Oktober brannte die Scheune der Witwe Christian Duchene mit sämtlichen Futtervorräten nieder.

Groß-Rosseln. Die Kirmes, die Sonntag, den 8. Oktober, in unserem Orte gefeiert wurde, brachte der Gemeinde nicht weniger als 250 000 Mark an Standgeldern ein; daneben wurden an Private geradezu phantastische Summen ausgezahlt; so erhielt einer der Verpächter 70 000 und ein anderer 35 000 Mark. Insgesamt wurden für Standgelder und Transportkosten eine halbe Million Mark entrichtet.

Bisten. Ein Gedenkstein zu Ehren der Gefallenen soll demnächst hier aufgestellt werden. Der Stein ist von Herrn Bildhauer Bügel aus Völklingen hergestellt. — Hier wurde der Arbeiter Fischer unter dem dringenden Verdacht verhaftet, einen Lustmord an der Kriegerwitwe Nikolaus Schmidt aus Fremersdorf begangen zu haben; er hat die Tat eingestanden.

Hütersdorf. Ein Knabe von hier, der beim Spiel die Masten der elektrischen Starkstromleitung erkletterte, kam dem Draht zu

nahe und blieb an der Leitung hängen. Erst als nach telephonischem Anruf von Saarlouis aus der Strom ausgeschaltet war, konnte der Junge befreit werden. Mit schweren Brandwunden musste er ins Krankenhaus gebracht werden.

Düppenweiler (Kreis Saarlouis). Der Kreis Saarlouis hat einen Personenaufzehr zwischen dem Dillinger Hüttenwerk und unserer Gegend ins Leben gerufen. Auch die Arbeiter von Hauptstadt, Konzerath, Erbingen, Reimsbach usw. benutzen gerne diese Fahrgelegenheit. Weiter südlich, in das Grubengebiet von Ensdorf, Griesborn und Schwalbach ist ebenfalls Autofahrgelegenheit.

Merzig. In ihrer Wohnung tot aufgefunden wurde Fr. Rosa Kleber von hier. Ihr Tod war durch Gasvergiftung eingetreten.

Riegelsberg. Die Gemeinde Riegelsberg ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten, da die steuerlichen Leistungen seitens der französischen Bergwerksverwaltung nicht erfüllt worden sind. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, um die laufenden Ausgaben zu decken, eine Anleihe von 100 000 Franken bei dem Saarbrücker Knappshäftsverein aufzunehmen.

Heinitz. In nicht geringen Schreden verlegt wurden kürzlich mehrere Arbeiter, die frühmorgens durch den hiesigen Wald zur Schicht gehen wollten. Sie sahen plötzlich einen leibhaftigen Bären daher kommen. Meister Bey war aber nicht bössartig und ließ sich ruhig einfangen. Das Tier war einem Bärenführer entlaufen, der sich in Friedrichstal aufhielt.

Sulzbach. Die Grundstückspreise steigen im Saargebiet immer höher, wozu auch die forschreitende Geldentwertung wesentlich beiträgt. Beim Kauf eines Bergmannshauses im benachbarten Bildstock zahlte der neue Besitzer nicht weniger als 2,5 Mill. M.

Hühnerfeld. Von vier vielversprechenden Burschen überschlagen und übel zugerichtet wurde in der Nacht der Grubensteiger Ludwig K. unfern seiner Wohnung in der Wessstraße. Die Rowdies schlugen mit Knütteln auf ihr Opfer los und raubten ihm Uhr und Brieftasche mit einem größeren Geldbetrag. Die Täter konnten sämtlich verhaftet werden.

Grube Dechen. Der 21jährige Bergmann Peter Nikolaus, Sohn des Gastwirts Nikolaus aus Neunkirchen, wurde von niedergehenden Gesteinsmassen erschlagen.

Elversberg. Hier starb im 62. Lebensjahr der in der Umgebung wohlbeliebte Dienstleiter Philipp Ortschel. Länger als 37 Jahre hat er in Diensten der Firma Gebr. Braun als Führer treue Dienste getan. Mandem hiesigen Bergmann hat er die Baustoffe zu seinem Hause herangeschafft, und durch sein herziges Wesen erwarb er sich Achtung und Ansehen bei jung und alt. Unter starker Beteiligung der Ortsbewohner wurde der treue Knecht zu Grabe getragen.

Spiesen. Bei der Feldarbeit entdeckte der Bergmann K. Gräber in seinem Ader im Flurteil „Hahnader“ Reste vorgeschichtlicher Kultur. Zunächst sind es riesige Quaderblöcke, die zu einer Mauer zusammengefügt sind, die sich bis in das Nachbargrundstück erstreckt. Neben Ziegelsäulen fand sich sodann eine ungefähr 30 Ztm. hohe Steinfigur, eine Frau darstellend. Die Füße sind geschlossen, der rechte Arm liegt rechtwinklig vor dem Leib. Der Kopf fehlt leider. Doch ist es möglich, daß er noch gefunden wird, da auch die Teile der zerbrochenen Figur einzeln gefunden wurden. Weitere Grabungen und eventuelle Funde können erst Winke über den mutmaßlichen Ursprung geben.

Bildstock. Das in der Kaiserstraße gelegene Haus des Bergmanns Ruf ist für 2,5 Millionen Mark in anderen Besitz übergegangen.

Neunkirchen. Die Künstlergruppe „Niederrhein Düsseldorf“ hat in dem zu einem hübschen Kunsthallen hergerichteten Foyer des evangelischen Gemeindehauses eine Kunstausstellung eröffnet, die eine Reihe sehr bemerkenswerter Kunstwerke bietet.

Neunkirchen. Unter dem 12. Oktober teilte die Freie Fleischerinnung mit: Auf dem Viehmarkt am Montag betrug der Auftrieb 14 Stück Großvieh. Es wurden 400 bis 425 Mark für das Pfund Schlachtgewicht gefordert. In Anbetracht dieser enorm hohen Viehpreise hat die Metzgerschaft es abgelehnt, das Vieh zu kaufen, um nicht erneut der Preistreiberei und des Wuchers bezichtigt zu werden, wie dies in letzter Zeit mehrfach geschehen ist. Die Tiere wurden nach Saarbrücken weiterverladen. Wir bedauerten lebhaft, daß keiner von den Leuten, denen es zur Gewohnheit geworden ist, die hohen Fleischpreise dem Fleischerhandwerk vorzuwerfen, auf dem Markt anwesend war, um sich von den Tatsachen zu überzeugen. — Samstag, den 14. Oktober, vormittags gegen 10 Uhr, geriet ein den Hüttenberg hinabfahrender Straßenbahnenwagen in so schnelle Fahrt, daß er an der Ecke Königstraße aus den Gleisen sprang und in das Herkules-Kaffeegeschäft hineinfuhr, wobei durch den Anprall eine der großen Spiegel Scheiben zertrümmert wurde. Von den fünf im Wagen befindlichen Personen kamen drei mit dem bloßen Schreien davon, während eine Schwester einen Rippenbruch und eine Frau eine Verrenkung des Schüsselbeins erlitt. Führer und Schaffner zogen sich leichtere Hautabschürfungen zu. Der angerichtete

Materialschaden ist erheblich. — In dem ausgelpumpten Weiher am Borberg fanden Kinder mehrere Sprengkapseln. Sie nahmen sie mit in die elterliche Wohnung und waren eine in den Ofen. Bei der Explosion wurden drei Kinder und die Mutter verletzt. Einem Jungen wurden drei Finger abgerissen; er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Ein zweiter Junge wurde am Auge verletzt; es ist sehr fraglich, ob das Auge zu erhalten ist. Die Verletzungen der anderen beiden Personen sind leichterer Natur.

Wiebelskirchen. Ein Großfeuer kam am Nachmittag des 18. Oktober im Warenhaus Fr. Volz aus. In den verschiedenen Lagern fand es reichlich Nahrung, und in kurzer Zeit war das dreistöckige Haus bis auf die Grundmauern in Asche gelegt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Ottweiler. Unter den von der französischen Regierung „begnadigten“ einundzwanzig deutschen Kriegsgefangenen aus Coulon befindet sich auch ein Sohn unserer Stadt, Christian Lang.

St. Wendel. Eine Sammlung für die Armen der Stadt brachte 150 000 Mark.

St. Ingbert. Der Stadtrat beschloß, nachdem durch Zwangsbeschluß die Besoldung der Beamten ab 1. Oktober in Frankwährung angeordnet war, von diesem Termin ab die Angestellten und Arbeiter der Stadt ebenfalls in Franken zu bezahlen. — Der Gaspreis wird in unserer Stadt zukünftig in Franken berechnet werden. Ein Kubikmeter kostet 50 Centimes. — Das Bahnhofshotel ist an eine Gesellschaft aus Bierbach verkauft worden, welche in dem Gebäude eine Zigarrenfabrik errichten wird.

Homburg. In der Nacht vom 16. zum 17. Oktober stürzte in der Deutschen Straße an dem alten hohen Gebäude neben der Bäckerei Kiefer, in dem früher die Judenschule untergebracht war, ein Teil der auf den Hof gehenden Hauswand ein. Dicht unterhalb der im zweiten Stock gelegenen Salmonschen Wohnung löste sich die Wand in einer Breite von 6 und einer Höhe von 9 Metern los und fiel in sich zusammen. Menschenleben sind bei dem Unfall glücklicherweise nicht zu beklagen. Das betroffene Haus wurde 1693 unter Ludwig XIV. erbaut und diente als Pump- und Druckwerk, das das Wasser auf den Schlossberg in die Feste pumpte. Den alten Homburger Bürgern ist es von seiner späteren Verwendung her unter dem Namen „die Judenschule“ bekannt.

Ensisheim. Der Ehefrau Adt hier wurden von ihrem Dienstmädchen Brillanten, Gold, Perlen, sowie Wäschestücke im Gesamtwert von 1 Million Mark gestohlen. Die Täterin konnte alsbald festgenommen werden, doch wurde nur ein Teil der Wäsche bei ihr vorgefunden.

Schwalbach. Am 16. Oktober, abends kurz vor 11 Uhr, fiel das Förderseil in der Fördermaschine auf dem Schwalbacher Schacht (Inspektion I) von der Seiltrommel und riss ab, gerade als ein Hauer in die fünfte Sohle fahren wollte. Der Förderkorb sauste blitzschnell in die Tiefe, bis er in etwa 70 Meter Tiefe plötzlich halt machte. Das 100 Meter lange Seil, das noch am Förderkorb befestigt war, hatte sich um einen Träger zu einem Knoten geschlungen und so verhindert, daß der Hauer 270 Meter tief in den Schacht stürzte. Durch den Luftdruck war die Lampe erloschen, und ohne Licht suchte der so wunderbar Gerettete einen Ausweg zum Fahrtschacht, wo er erschöpft zusammenbrach. Dort wurde er von seinen Mitarbeitern empfangen. Außer einigen kleineren Wunden am Kopf ist er unbeschädigt davongekommen.

Personalnachrichten.

Aus der Landesverwaltung. Zum Chefarzt der inneren Abteilung am Landeskrankenhaus Homburg wurde Herr Professor Dietlen ernannt. Er war in den Jahren 1913 bis 1918 Leiter der Zentralabteilung für Röntgenologie an der Universität Straßburg. Seit 1918 weilte er zum Studium der Erkrankungen der Lunge in Davos. — Der Steuerpraktikant Reinhard Sartorius, Sohn des Steigers Wilh. Sartorius in Neunkirchen, ist zum Obersteuersekretär beim Finanzamt in Saarbrücken ernannt worden.

Von der Steuer. Herr Katasterkontrolleur (Steuerinspektor) Wiesen wurde von Merzig nach Saarbrücken versetzt. Sein Nachfolger in Merzig wurde Herr Freyten, zuletzt in Neunkirchen.

Kirchliche Personalien. Die Verwaltung der Herz-Jesu-Kirche in Saarbrücken wurde am 26. September dem Pfarrer von St. Eligius, Herrn Nikolaus Schellenbach, übertragen.

Zubiläen bei den Feuerwehren. Eine vierzigjährige Dienstzeit bei der Freiwilligen Feuerwehr Alt-Saarbrücken haben die Mitglieder W. Steffens und W. Stamann aufzuweisen, eine fünfundzwanzigjährige Dienstzeit die Brandmeister P. Koiser, L. Münnich, sowie die Geräteträger und Feuerwehrleute K. Didier, Henne, Ph. Schmidt, Fr. Diez, Chr. Becker, H. Becker, Buchs, Breit, Büch, Walter, Adam,

Pinkle, Fr. Müller, K. Löschhorn, Wölflinger, Strangandi, Kalkofen und K. Ries. — Bei der freiwilligen Feuerwehr Neuenkirchen konnten folgende Jubiläen gefeiert werden: Die 25jährige Zugehörigkeit zur Wehr: Emmerich, Franz, Branddirektor. Die 30jährige Zugehörigkeit zur Wehr: Beine, Johann, Abteilungsführer; Kuhfuss, Herm., Oberbrandmeister. Die 35jährige Zugehörigkeit zur Wehr: Ritter, Christian, Brandmeister; Spengler, Wilhelm, Oberfeuerwehrmann; Spengler, Carl, Oberfeuerwehrmann. Zum Ehrenmitglied wurde ernannt: Becker, Christian.

Goldene Hochzeit. In seltener körperlicher und geistiger Frische feierten die Eheleute Peter Weißgerber und Maria, geb. Schario, in St. Wendel das Fest der Goldenen Hochzeit.

Die Silberne Hochzeit beging das Ehepaar Straßenbahnschaffner Matthias Kles, der gleichzeitig sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Straßenbahn feiern konnte.

*

Todesnachrichten. Dachdeckermeister Christoph Steines, 44 Jahre; Frau Caroline Lion, geb. Weil, 82 Jahre; Frau Lotte Muth, geb. Feiß, 26 Jahre; Käthe Keulert, 28 Jahre, Kurt Herbert Bickelmann, 2½ Jahre; Willi Reuter, 19 Jahre; Frau Witwe Angela Kahler, geb. Seiwert, 80 Jahre; Frau Luise Diener, geb. Weber, 68 Jahre; Lilly Wagner, 22 Jahre; Eugen Wolf, 41 Jahre; Kohlenexpedient Ludwig Bettingen, 50 Jahre; Friedrich Schmidt, 22 Jahre; Fr. Cäcilie Kalens, 24 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Filialleiter Heinrich Fandell, 30 Jahre, in Gildingen. — Frau Frida Maier, geb. Krämer, 25 Jahre, in Bilbingen. — Frau Alwine Siebenstuh, geb. Lubitz, 67 Jahre; Frau Katharina Müller, geb. Thees, 82 Jahre, beide in Louisenthal. — Förster a. D. Phil. Math. Krämer; Johann Klein, 88 Jahre, beide in Völklingen. — Rudolf Meischkat 57 Jahre; Frau Dorchen Meyer, geb. Klein, 30 Jahre, beide in Wehrden. — Konsumvereinsgeschäftsführer Johann Tils, 79 Jahre, in Heinitz. — Frau Wwe. Friedr. Heinz, geb. Schmidt, 89 Jahre, Heiligenwald. — Frau Christian Lach, geb. Marg. Michels, Altenwald. — Dentist Ludwig Sternberg, 49 Jahre; Bürgermeister a. D. Nikolaus Paquet, 58 Jahre; Frau Wwe. Margaretha Wallenborn, geb. Eisenbarth, 80 Jahre, sämtlich in Saarlouis. — Jakob Henrich, 27 J.; Lehrer a. D. Johann Vogel, 70 Jahre, beide in Frau-lautern. — Kaufmann Johann Brügger, 56 Jahre, in Ueberrhein. — Barbara Comtesse, geb. Amann, 26 Jahre; Fabrikarbeiter Johann Amann, 65 Jahre, beide in Lisdorf. — Fr. Therese Leber, 43 Jahre, in Merzig. — Johann Abeck, 68 Jahre, in Neuforweiler. — Gemeinderatsmitglied Adam Brausch, Mettlach. — Frau Karoline Heydt, geb. Feuchner, 76 Jahre; Peter Nikolaus, 21½ Jahre; Dekonom Valentin Scheid, 72 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Erich Sutter, 12 Jahre; Jacob Knorr, 63 Jahre, beide in Wiebelskirchen. — Hüttendarbeiter Hermann Fladus, 25 Jahre, Ottweiler. — Kolonnenführer Max Singer v. d. Sanitäts- u. Rettungsmannschaft d. Grube Frankenholz. — Fr. Rosa Wille, geb. Lang, 25 J.; Frau Susanna Wagner, geb. Thomé, 37 Jahre, beide in Völklingen. — Eduard Hirsch, 86 Jahre; Frau Sybille Holland, geb. van Geldern, 70 Jahre; Frau K. Häupler, geb. Satter, 74 Jahre, sämtlich in Homburg.

Mein Saarbrückerland.

O du Heimat lieb und traut,
Wonnig dich mein Auge schaut.
Land, wo meine Wiege stand,
Mir die Jugend froh entchwand,
Bist ja mein Saarbrückerland!

Wo der Hochwald stolz sein Haupt
Mit des Waldes Grün belaubt,
Wo der schwarze Diamant
Kommt ans Licht durch Bergmannshand,
Da bist du, Saarbrückerland.

Ob die Frühlingsonne lacht,
Ob die Rose steht in Pracht,
Ob sich färbt das Laub im Land,
Ob dich deckt ein Schneegewand,
Schön bist du, Saarbrückerland!

Dein gedente stets ich gern,
Ob dir nahe oder fern,
Ist mein Flehn' zu Gott gewandt:
Allzeit schirme seine Hand
Dich, mein lieb' Saarbrückerland!

Vampyre des Saargebiets.

Wie die Noilage des Saargebiets von gewissenlosen Subjekten ausgenutzt wird, wurde durch eine Verhandlung vor dem Saarbrücker Sondergericht beleuchtet. Angeklagt waren die Wirtsehleute Michel Frank aus der Gersweiler Straße und deren Tochter Maria, sich der fortgesetzten Beihilfe zum Schmuggel und der Abwicklung von Schiebergeschäften schuldig gemacht zu haben. Beamte des Sonderkommissariats, die durch regen Verkehr in der Gersweiler Straße aufmerksam geworden waren, griffen überraschend zu und stellten in den Räumen der Wirtschaft Frank eine ganze Menge lothringischer Aufkäufer, die damit beschäftigt waren, allerlei Gegenstände des täglichen Bedarfs — u. a. 2½ Zentner Lebensmittel — zu verstauen. In den oberen Räumen entdeckte man ferner ein Zigaretten- und Tabakkeller, das angeblich dem Wirt zur Deckung des Bedarfs seiner Gäste diente. Durch Zeugenaussagen wurden folgendes festgestellt: Die Aufkäufer aus dem Lothringischen machten je nach den Zeitumständen in der Frankischen Wirtschaft Halt, zogen sich dort um, ließen höhere Pakete stehen, die den Verdacht der Douaniers hätten erregen können, und holten sie des Nachts ab. Machten die Einläufe in der Stadt einmal Schwierigkeiten, fand sich die Wirtin und ihr Töchterlein bereit, den roten Paket herzuleihen oder selbst die gewünschten Waren zu besorgen. Daß ungeheure Werte auf diesem Wege über die Grenze gegangen sind, versteht sich. Besonders groß war der Betrieb in der Kneipe vor den Feiertagen, die Zeugen erinnerten sich der Zeit vor Weihnachten, in der die Lothringen weggeschleppten, was sie nur wegzu bringen vermochten. Es ist auffallend, daß die Verhältnisse so lange andauern konnten. Der Antrag des Staatsanwaltschaftsrats Ludes lautete gegen die Eheleute auf je 6 Monate Gefängnis und gegen den Mann außerdem auf 100 000 Mark Geldstrafe. Das Gericht verurteilte Michel Frank zu vier Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, seine Frau zu zwei Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Die Tochter, bei der die Jugendlichkeit mildernd ins Gewicht fiel, kam mit einer Geldstrafe von 3000 Mark davon. Die seinerzeit beschlagnahmten Waren werden, abgesehen von dem Tabak, nach Gerichtsbeschuß eingezogen.

+

Die Preisgestaltung auf dem Kartoffelmarkt hat in den beiden letzten Wochen immer trassere Formen angenommen. In einer Zeitungsanzeige wurde sogar ein Wucherpreis von 8,50 bis 9 Franken gefordert, bei einem Kursstand von 300 = 2700 M. pro Zentner. Vom Berichterstatter des Sondergerichts soll in diesem Falle energisch eingegriffen worden sein. Der Geschäftsführer einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Saarbrücken ist verhaftet und in Untersuchungshaft genommen worden. Die Preishilbung auf dem Kartoffelmarkt wird von den Behörden scharf kontrolliert und auch in Zukunft mit aller Strenge gegen Auswüchse im Handel vorgegangen werden. Hoffentlich macht man mit diesem Parasitengesindel nicht viel Federlesens.

+

In der „Saarbrücker Landeszeitung“ fand sich folgende Anzeige:

Speiselkartoffeln

ausländische, lose und in Säcken,
auf Saarbrücken rollend und prompt verladbar,
offeriert zum Preise von 9 bis 10 Francs lose, ein-
schließlich Sack 1½ Francs pro 100 Kg. teurer,

Großhandelsgesellschaft
für deutsche und polnische Landesprodukte,
Berlin W. 50, Tauenzienstr. 14.

Drahtadresse: Dellypol.
Vertreter: Friedländer, im Hotel Mehmer zu sprechen.

+

In St. Ingbert sind die Landwirte mit ihrer Frankenforderung durchgedrungen. Seit dem 21. Oktober kostet ein Liter Vollmilch 90 Cts., bei einem Kursstand von 330 M. der Franken = 297 M. Dieser phantastische Preis kann von denen, die zum Bezug von Milch berechtigt sind, nicht mehr bezahlt werden. Auch den kleinen Kindern kann die so notwendige Nahrung nicht mehr verabreicht werden — eine verhängnisvolle Auswirkung der Frankopolitik an der Saar.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Eine Strumpfwarenfabrik ist in Saarlouis von der Chemnitzer Firma Fr. Cahn errichtet worden. Zunächst soll mit einer Belegschaft von 100 Köpfen gearbeitet werden. Dem Verkauf des Baugeländes (60 Ar am Schwarzbach gelegen) stimmten die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung zu.

Adler-Brauerei und das Saargebiet. Wie die „K. V.“ meldet, steht die Adler-Brauerei im Begriff, ein Besitztum im Saargebiet an den jetzigen Pächtern zu veräußern. Der Erlös dafür in Franken wird zu den jetzigen Kursen die Umwandlung in einen Marktbetrag gestatten, welcher das Grundkapital der Gesellschaft von 5,6 Mill. Mark übersteigt.

Zur Frage der Kontingentierung der Einfuhr von Weindestillat aus dem Saarbestengebiet nach dem Reich hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft durch Schreiben vom 13. Oktober d. J. an die Handelskammer Saarbrücken folgendes versügt: Für die Zeit vom 15. Oktober 1922 bis 14. Oktober 1923 wird die Einfuhr von 12 000 Hektoliter r. A. Weindestillat in Form von reinem unverschnittenem Weindestillat, sowie von 200 Hektoliter r. A. in Form von Edellikören aus dem Saargebiet nach dem übrigen Deutschland zugelassen. Dieses gesamte Kontingent ist als Jahreskontingent von der Handelskammer in Saarbrücken an die im Saargebiet ansässigen Brennereien nach den mit einem früheren Erlaß bekanntgegebenen Grundsätzen zu verteilen. Zuteilungen aus Billigkeitsgründen außerhalb dieses Kontingents dürfen nicht erfolgen, da hierzu ein Anlaß nicht mehr vorliegt.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Der Saar- und Pfälzverein Leipzig, Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“, hielt am Dienstag, dem 17. Oktober d. J., abends 8 Uhr, im großen Saale des Zentraltheaters einen eindrucksvollen Protest- und Vortragsabend ab, welcher unter Mitwirkung zweier Damen als Sängerinnen und des Bleicherischen Männergesangvereins einen sehr schönen Verlauf nahm. Jedenfalls hat der Saar- und Pfälzverein mit dieser Veranstaltung den Beweis geliefert, daß er der Aufgabe, die sich der Bund „Saar-Verein“ mit seinen Ortsgruppen gestellt hat, in jeder Beziehung gewachsen ist. Eine umsichtige Vorbereitung sicherte einen stattlichen Besuch. Der verdienstvolle unermüdliche 1. Vorsitzende, Ingenieur Seifert, begrüßte die Erschienenen in einer herzlichen Ansprache, indem er ihnen am Vorabend des Erinnerungstages der großen Schlacht bei Leipzig den saarheimatlichen Gruß „Glückauf!“ entbot. Er begrüßte die Vertreter des Staates, der Stadt und des Handels, die Pressevertreter, den Vertreter des Bundes „Saar-Verein“-Berlin sowie die Vertreter der Ortsgruppen Halle und Dresden. Mit besonderer Freude begrüßte er den Verein der Rheinländer sowie den Verein der Hessen, Württemberger und Elsaß-Lothringer, denen er für das Erscheinen ganz besonderen Dank sagte. In seiner Ansprache führte er dann u. a. etwa folgendes aus: „Die Kenntnis von der Saarländer und Pfälzer Not ist in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung leider eine sehr geringe. Zum Teil ist dies erklärlich, denn die graue Not des Tages und die schier unerträgliche Last, die seit Kriegsende uns wie ein Alpdruck quält, hat bereits viele so abgestumpft, daß sie für die sie nicht unmittelbar bedrückende Not und all das Elend nicht mehr so empfindlich sind, wie sie es eigentlich sein müßten. Um so notwendiger ist es, daß auch sie ausgerüttelt werden. Von all den Leiden, die unsere Landsleute im Saargebiet und in der Pfalz erdulden müssen, erfahren wir hier sehr wenig. Die dortige Presse wird zum Schweigen gezwungen, und schweigt sie nicht, dann werden die Redakteure kurzerhand ausgewiesen, wie das erst in diesen Tagen wieder geschehen ist. Der Saar- und Pfälz-Verein in Leipzig werde im Verein mit dem über ganz Deutschland verbreiteten Bund „Saarverein“ mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dagegen arbeiten, daß eine Lösung des Saargebietes und der Pfalz von Deutschland stattfinde. Er wird sich nicht totschweigen lassen, und er wird den Weg gehen, den er sich vorgezeichnet hat, und er wird alles, was sich ihm hindernd in den Weg stellt, rücksichtslos wegräumen. Dazu bedarf er aber der Unterstützung aller Deutschen. Das Saargebiet ist heute, nach Ausscheiden Oberschlesiens für Deutschland die wichtigste und bedeutungsvollste Frage, und so muß die Sache des Saar-Vereins Sache des ganzen deutschen Volkes sein. Auch Leipzigs Bürger müssen helfen. Jeder Deutsche kann Mitglied unseres Vereins werden. Wir bitten um ihre Unterstützung in Interesse derer, die für uns leiden, die den Prellbock Deutschlands darstellen, die Saar- und Pfälzbevölkerung. Nehmen Sie den Verlust dieser beiden Länder keinesfalls auf die leichten Schulter. Besonders auch unsere Industrie muß sich über die wirtschaftliche Bedeutung dieser deutschen Landesteile klar sein.“

Aber das nicht allein. Wir müssen bedenken, was es heißt, eine urdeutsche Bevölkerung einem fremden, dazu noch einem welschen Staate auszuliefern. Urdeutsch sind beide Länder. Wer jemals Gelegenheit hatte, in dem schönen und herrlichen Saar- und Pfälzgebiet zu reisen oder zu leben, der wird gesehen und gehört haben, wie ferndeutsch gerade die dortige Bevölkerung ist. Ich behaupte sogar, daß es kein Land gibt, dessen Bevölkerung deutscher denkt und fühlt als die dieses Landes. Und wenn Frankreich behauptet, es habe berechtigten Anspruch auf das Saargebiet und die Pfalz, so weise ich diese gemeine Lüge von dieser Stelle aus mit großer Entrüstung zurück. Die Bevölkerung war urdeutsch, und sie will es auch bleiben. Wir Saardeutschen und Pfälzer, die wir außerhalb der Heimat leben, müssen unserer Brüder Anwalt sein. Wir müssen der Bevölkerung dieser beiden Länder zeigen, daß wir geschlossen hinter ihr stehen, daß wir ihrer gedenken und die Schmach des Augenblicks fühlen genau wie sie. Und so haben wir uns heute hier versammelt, unserm Heimatgefühl Worte zu leihen, auf daß unser Gruß, unser Ruf vervielfältigt durch tausendfachen Widerhall aus diesem Saale ins Land dringe und alle mitreiße, die außerhalb der Heimat in deutschen Gauen leben, und doch so tief wurzeln in der heiligen Erde unseres Mutterlandes. Mitreiße auch die, die dort in der Heimat sind, auf daß sie wissen, daß unser aller Herz und Gedanke bei ihnen ist, und daß wir den kategorischen Imperativ der Pflicht tief in uns fühlen, für das eine hohe Ziel zu streben, daß das Saargebiet und die Pfalz beim Deutschen Reich bleibe. Wir rufen unsern Brüdern und Schwestern in der Heimat zu: So treu, wie ihr eurem Deutschtum und eurer deutschen Heimat im vierjährigen Kampfe gegen alle französischen Lodungen und Gewaltmaßnahmen geblieben seid, so treu wird euch das deutsche Volk ohne Unterschied der Partei und des Standes zur Seite stehen. Es lebe das deutsche Saargebiet und die deutsche Pfalz!“ In einem oft von stürmischem Beifall unterbrochenen, fast 1½stündigen Vortrag schilderte der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin, Verwaltungsdirektor Vogel, die Nöte der treudeutschen Saar- und Pfalzbevölkerung unter der Willkür der französischen Besatzung, die französische Politik im Saargebiet, den täglichen Kampf gegen die französische Unterdrückung, die schwarze Schmach, die brutalen Ausweisungen und die katastrophalen Folgen der gewaltshamen Einführung der Frankenwährung. Diese kurze Zusammenstellung von Stichworten schon erbringe den besten Beweis dafür, was von dem ganzen Völkerbund schwindet und der Völkerbundsidee zu halten sei. Wilson und Lloyd George hätten bei den Friedensverhandlungen wider besseres Wissen den Forderungen Frankreichs nachgegeben, obwohl ihnen schon im Dezember 1918 die Saarbrücker Bürgerhaft und Tausende von Bewohnern des Saargebietes in einer besonderen Eingabe: „Unser Wille zum Deutschen Reich“ eine Denkschrift überreichten, in welcher die feierliche Erklärung abgegeben wurde, daß die Bewohner des Saargebietes nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung deutsch seien und auch jetzt in der Zeit des tiefen Unglücks mit den deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben wollen. Eine Angliederung des Saargebietes an Frankreich sei unvereinbar mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson, die nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Feinde Deutschlands als Grundlage für die Friedensverhandlungen gegeben worden seien. Er erinnerte dann an die ungeheure Lüge und den unerhörten Betrug Clemenceaus, besonders aber an die gefälschte Adresse der 150 000 Saarfranzosen, um auch so den Beweis zu erbringen, daß Frankreich aus Ländere- und Raubgier das Saargebiet durch Zug und Trug in verschleieter Weise annexiert habe. Er ging dann auf die Geschichte und die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes näher ein, indem er Land und Leute in begeisterter Weise schilderte und besonders die landschaftlichen Schönheiten und den industriellen Reichtum des Saargebietes hervorhob. Bergbau und Industrie hätten sich im Saargebiet zur herrschenden Macht emporgeschwungen, ein fleißiges Arbeitervolk, treu und gut vaterländisch gesinnt, halte hier in schwerer Arbeit trotz der Frankenentlohnung in alter Treue Grenzwacht an der Saar. Mit den Elsaß-Lothringischen deutschen Nachbarn verbinde die Saarländer treue Freundschaft. Die Saargebietbevölkerung werde sich nie und nimmer von dem Mutterland Preußen-Deutschland trennen lassen. Der Vortragende kam dann auf die schwere Zeit der Not, die das Saar- und Pfälzgebiet seit der Besetzung durch die Franzosen durchzumachen hat, zu sprechen, indem er von der französischen Militärgewaltsherrschaft eine lebhafte Schilderung gab, um im Anschluß daran den Beweis zu liefern, daß die Politik der Saarregierungskommission, des sogenannten Treuhänders des Völkerbundes, weiter nichts sei als eine Fortsetzung der Politik der französischen Obersten Militärverwaltung. Er wies die einzelnen Verstöße gegenüber dem Versailler Diktat an der Hand von vielen Beispielen nach. Er schilderte den Kampf der Saarbevölkerung, die in einer bewunderungswerten Einheitsfront aller politischen Parteien gegen die Unterdrückung durch die Franzosen kämpfte und die Art und Weise, wie sowohl die Eingaben, die Proteste und die sogenannte Genfer Delegation von dem Völkerbund behandelt

zu werden pflegt. Kennzeichnend für die gesamte Verwaltung des abgetrennten Saar- und Pfalzgebietes sei die Tatsache, daß die Saarregierungskommission dem Völkerbund unrichtige Berichte erstatte und daß der Referent für alle Saargebietssachen im Völkerbund ausgerechnet einen Chinesen sei, der doch ganz gewiß von der Bevölkerung an der Saar ebensowenig verstehe wie ein Saarbergmann von der chinesischen Sprache. Zur Kennzeichnung der französischen Politik kam er dann auf die kulturelle Propaganda zu sprechen, besonders auf die Errichtung französischer Schulen im Saargebiet und die Einführung des französischen Sprachunterrichts in den Volksschulen. Auch hier sei es recht bezeichnend, daß der Dezerent für den französischen Unterricht ausgerechnet der französische Schweizer Pacquier sei. Die Ausweisungspolitik der Franzosen geißelte er in rücksichtsloser Weise, indem er die Ausweisungen als die brutalste Maßnahme kennzeichnete, die man sich denken kann. Unter Ausweisungen habe man aber auch die Verabschiedung und Abschiebung von zahlreichen mißliebigen Beamten zu verstehen, die man ihrer deutschen Gesinnung wegen wie alle anderen anständig gesinnten Deutschen verdrängt habe. Er erinnerte weiter an die Verurteilung des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, Valentin Schäfer, zu einer Geldstrafe von 5000 Mark wegen „Beleidigung des französischen Offizierkorps“, obwohl er nur das persönliche Vorgehen eines bestimmten Offiziers, der einen Eisenbahnbeamten mit der Reitpeitsche bedrohte, kritisiert hatte. Er stellte dieser Verurteilung gegenüber die Verurteilung eines hochbetagten höheren deutschen Beamten bei Beginn der französischen Besatzungszeit, welcher ebenfalls wegen „Beleidigung des französischen Offizierkorps“ zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden sei, weil er einem französischen Offizier, welcher zwei gewöhnliche Straßendirnen in seine Privatwohnung, wo er im Quartier lag, habe mitbringen wollen, den Eintritt verwehrt hatte. Auch hier sei die Verurteilung wegen „Beleidigung des französischen Offizierkorps“ erfolgt, das im übrigen im großen ganzen eine recht lächerliche Rolle im Saargebiet spielt, da jeder Kriegsteilnehmer über diese „Reitpeitschenfrizen“, die sie während des Krieges von einer ganz anderen Seite kennengelernt hatten, tatsächlich nur lächeln könne. Der Redner behandelte dann die Frankenwährung. Auf der einen Seite seien wir als Wirkungen der Frankenpolitik Leute, die keine Not leiden, da sie wertvolle Häuser kaufen und sich jede Ausgabe erlauben können, auf der anderen Seite aber die Markempfänger, Kleinrentner, Witwen und Waisen, die kaum in der Lage sind, das Leben zu fristen. Der große Mangel an deutschem Geld habe der Marktwährung an der Saar zweifellos ebenso großen Schaden getan, zumal Notgeld verboten ist und die braunen Tausendmarkscheine durch die Bauern in Nordfrankreich und Spanien massenhaft aufgekauft würden. Im Saargebiet seien die Banken oft tagelang nicht in der Lage, den Frankenlohn in deutsches Geld umzuwechseln, und in den Bergmannsdörfern und den Ortschaften der Schwerindustrie tritt die Mark immer mehr in den Hintergrund. Der Frank herrscht! Zum Schluß seiner Ausführungen erläuterte er die Forderungen, die die politischen Parteien wiederholt öffentlich in Denkschriften an den Völkerbund aufgestellt hätten, um dann das Ergebnis der Landesratswahlen als das hinzustellen, was es in Wirklichkeit ist, nämlich eine Abstimmung zugunsten Deutschlands mit 99% Prozent. Durch die Abstimmung habe die Bevölkerung freimütig ihren Willen zum Ausdruck gebracht und erklärt, wohin ihr Herz schlägt und welches ihr Vaterland ist: Deutschland. Für diese Bevölkerung alles hinzugeben und einzusehen, um ihr im Kampf um das Deutschtum beizustehen, sei die Hauptaufgabe, die der Bund „Saar-Verein“ sich gestellt habe, dessen Bedeutung in immer weiteren Kreisen Anerkennung finde. Wenn man im Saargebiet in einigen Kreisen den Bestrebungen des Saarvereins skeptisch gegenübersteht, so dürften doch gewisse Korruptionsscheinungen im Saargebiet in allen Schichten der Bevölkerung nicht verschwiegen werden. Die Charakterfestigkeit hänge bei nicht wenigen auch im Saargebiet eben nur von der Höhe der Valuta ab, bei der sie dahinzuschmelzen beginne, und gerade solche Frankenempfänger seien es, die in unverantwortlicher, geradezu feiger Weise die Tätigkeit des Bundes „Saar-Verein“ kritisieren, weil sie durch unsere Auflärungsarbeit, die weiter nichts sei als eine Abwehr gegenüber der französischen Propaganda auf deutschem Boden im deutschen Saargebiet, sich in dem behaglichen Genusse, den ihnen die Frankenwährung bietet, eventuell gestört sehen könnten. Gerade wegen der großen Gefahr, die durch solche charakterlosen Menschen für das Saargebiet herbeigegeführt werde, sei die Arbeit des Bundes „Saar-Verein“ für die Deutscherhaltung des Saargebietes erst recht notwendig geworden. Am Schluß seines Vortrages richtete er einen warmen Appell an alle Zuhörer, den Saargebietbewohnern jederzeit Treue um Treue zu halten und davon überzeugt zu sein, daß das Wort wahr bleibe: „Das Saargebiet ist stets deutsch gewesen, ist

heute noch deutsch und wird ewig deutsch bleiben!“ Im Anschluß an den mit minutenlangem stürmischen Beifall ausgenommenen Vortrag brachte Reichsgerichtsrat Linz, welcher einige Worte des Redners noch unterstrich und interessante Ergänzungen zu verschiedenen Ausführungen gab, folgende Entschließung ein:

„Eine am 17. Oktober im Großen Saale des Zentraltheaters in Leipzig von Saarländern und Pfälzern aller Stände und ihren Freunden, Deutschen aus allen Gauen, außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung erhebt einmütig und entschieden enttäuschten Widerspruch gegen die Negierung und Entredigung der deutschen Bevölkerung des Saargebietes und die systematische Förderung der französischen Annexionsbestrebungen seitens der Regierungskommission, gegen die Nichtachtung, die der Völkerbundsrat den berechtigten Beschwerden der deutschen Bevölkerung zuteil werden läßt, die in nichts mit den Pflichten eines Mandatats des Völkerbundes in Einklang steht. Sie fordert eine den Zusagen des Friedensvertrages und dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gerecht werdende Stellung der deutschen Bevölkerung, Freiheit auch der deutschen Presse, Schutz deutscher Staatsbürger gegen Bedrückung und willkürliche Ausweisungen, Entfernung des französischen Militärs, dessen Anwesenheit eine offene Verleugnung des Friedensvertrages darstellt, Abschaffung der Frankenwährung, die das Land wirtschaftlich an den Rand des Ruins geführt hat und endlich Revision des Vertrages von Versailles, dieser Quelle des Unglücks und Elends nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt.“

Sämtliche Anwesenden stimmten dieser Entschließung in einmütiger Weise zu. In einem Lichtbildervortrag führte sodann Herr Domert-Berlin die zahlreiche Versammlung durch die wunderlichen Landschaften des Saargebietes, mit seinen anmutigen Tälern und Hügeln und seiner vor dem Kriege ganz besonders blühenden Industrie. Die Bilder gaben unseren Leipziger einen recht guten Begriff von dem, was Deutschland verloren ginge, wenn das Saargebiet und die Pfalz wieder einmal, wie schon viermal in der Geschichte, uns von Frankreich entrissen würden. Stimmungsvolle Gesänge umrahmten die eindrucksvolle Protestkundgebung, auf deren Verlauf die Leipziger Ortsgruppe mit Recht stolz sein kann.

■ **Bund Saar-Verein, Ortsgruppe Halle a. S.** Am Mittwoch, den 11. Oktober, stand die diesjährige Generalversammlung statt, in welcher von dem Vorstand der Jahres- und Kassenbericht bekanntgegeben wurde. Das im August veranstaltete Wohltätigkeitsfest ergab nach genauer Aufstellung einen Reingewinn von 48 984,50 M., wovon 40 000 M. dem Unterstützungsausschuß der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin zur restlosen Verwendung an notleidende Sozial-Rentner im Saargebiet, und 5000 M. zur Unterstützung der Zeitschrift „Saar-Freund“ überwiesen wurden. Der Rest verblieb der Kasse der Ortsgruppe zu weiteren Propagandazwecken. Die gewählten zwei Kassen-Revisoren haben die Kasse geprüft und für richtig befunden, worauf dem Vorstand Entlastung erteilt wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige 1. Vorsitzende Ingenieur Schumacher und der bisherige Schriftführer, Kanzleisekretär Stolte wiedergewählt. Neu in den Vorstand wurden gewählt Oberbergamtssekretär Burghardt als 2. Vorsitzender und Kaufmann Aleithe als Kassierer. Hierauf erfolgte Neuanfang, von denen der Vorsitzende zwei in der Versammlung anwesende begrüßen konnte. Unter Verschiedenes gab der Vorsitzende die Einladung der Leipziger Ortsgruppe zu deren Kundgebung bekannt, mit der Bitte um recht zahlreiche Beteiligung. Für die geplante Weihnachtsfeier im internen Kreise wurde ein Ausschuß von vier Mitgliedern gewählt, der das Fest gemeinschaftlich mit dem Vorstande vorbereiten soll. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen mit der Aufforderung, weiter für den Verein zu werben und treu wie bisher zur guten Sache zu halten.

■ **Saar-Verein Ortsgruppe Gladbeck.** Am Sonntag, den 15. Okt. hielt die Ortsgruppe eine Monatsversammlung ab. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Von der Nachbarortsgruppe Bottrop war eine Anzahl Mitglieder, Damen und Herren, als Gäste erschienen. Auch von dieser Stelle sei ihnen unser Dank ausgesprochen, da sie sich zur Aufgabe gestellt haben, mit einzelnen Mitgliedern unserer Ortsgruppe zusammenzuarbeiten an der weiteren Entwicklung der hiesigen Ortsgruppe. In der Versammlung fand zunächst eine rege Ausprache über gewisse Erscheinungen und deren Beseitigung innerhalb unserer Ortsgruppe statt. Ferner wurde der Beitrag ab 1. Oktober auf 10 M. je Monat erhöht. Sodann wurde noch angeregt, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Im Laufe der kommenden Woche soll dann noch eine erweiterte Vorstandssitzung stattfinden, in der besonders über Beseitigung eventuell noch vorhandener Missstände beraten werden soll. Die Versammlung wurde geschlossen mit dem Mahnruf: Mitglieder der Ortsgruppe Gladbeck, wacht auf und helft im „Saar-Verein“ wirken zur Befreiung und zum Wohle unserer lieben deutschen Saarheimat!

Die Ortsgruppe Bottrop des Bundes "Saar-Verein" hatte für Sonntag, den 8. Oktober 1922, zu einer Protestversammlung gegen die französische Rhein- und Saarpolitik aufgerufen, dem Rufe war eine große Anzahl Bottroper Bürger gefolgt. Nachdem ein Prolog gesprochen worden war, der auf die Beziehungen zwischen dem Ruhr-Kohlengebiet und dem Saargebiet hinwies, begrüßte der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Geibel, die Erschienenen, unter denen man u. a. auch als Vertreter der Stadtverwaltung Herrn Beigeordneten Dr. Langendorfer, einen Saarländer, bemerkte. Herr Geibel kennzeichnete das im Versailler Vertrag verannte Unrecht gegen das westliche Deutschland und beklagte sich bitter über die in weitesten Kreisen herrschende Verstandlosigkeit gegenüber der Lage des Saargebietes. Aber noch sei das Saargebiet nicht verloren, noch kämpfen Hunderttausende deutscher Männer und Frauen, von französischer Willkür umdroht, von französischen Bedingungen umsichtig, treu und zielbewußt um die Erhaltung ihres Deutschtums. Kein Zoll breit deutschen Bodens dem Feinde! Hierin dürfe es kein Weisestehen geben; da hindere nicht Partei und Konfession. Als ein geschlossenes Ganzen müsse der Kampf gegen die uns in Versailles aufgelegten Fesseln geführt werden. Nach ihm sprach Herr Studienrat Dr. iur. phil. Klaus Scholl über die französische Politik im Rheinland und im Saargebiet. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Bestrebungen Frankreichs, dessen Sehnsucht es immer gewesen sei, den Rhein zur Grenze zwischen Deutschland und der französischen Republik zu stemmen, und einer Schilderung der Nöte, die die Bewohner des besetzten Gebietes zu erdulden haben, ging er auf die Mittel der französischen Saarpolitik ein. Pressepolitik des "Neuen Saarcourier", Schulpolitik, Kirchenpolitik usw. passierten Revue. Manche Aufenstehende, so äußerte sich der Redner, seien der Auffassung, daß das Saargebiet sich unter der Herrschaft des Völkerbundes einer großen Blüte erfreue, was man sehe aber sei nur Scheinblüte. Unruhe, Unfriede, nervöse Hast: das seien die Folgeerscheinungen der Frankenpolitik. Einer lebendigen Schilderung des internationalen Gepräges, das Saarbrücken zur Schau trug, ließ Herr Dr. Scholl das Bekenntnis folgen, daß das Grenzgebiet trotz aller Widerstände! — deutsch sei und deutsch bleiben würde. Als Vertreter der Zentrumspartei versprach Herr Amtsgerichtsrat Dr. Schmidt die Unterstützung für die Bestrebungen des Bundes "Saar-Verein". Für die Sozialdemokratie tat dasselbe Herr Deiters, der besonders betonte, daß die Parteigegenseite in den Fragen verschwinden müßten, in denen die Existenz der Volksgemeinschaft bedroht sei. Die unter dem Deckmantel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erlassenen Grenzbestimmungen geißelte er als den größten Beitrag und den schändlichsten Sklavenhandel der Weltgeschichte. Herr Dr. Kunze, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, ging auf die Wirkungen der Besetzung auf die Bevölkerung ein. Der Redner der Deutschen Volkspartei, Herr Neukirch, betonte stark den großdeutschen Gedanken. Auch die beiden leitgeenannten Redner sagten die Unterstützung ihrer Parteien in dem Kampf um Erhaltung des deutschen Volksstums zu. Nachdem noch der Vertreter der Stadt Herr Dr. Langendorfer, für die Ziele des Bundes "Saar-Verein" eingetreten war und die Unterstützung der Stadt festgestellt hatte, wurde unter lebhaftem Beifall folgende Entschließung angenommen:

"Die am 8. Oktober im Rath. Gesellenhause zu Bottrop in Massen versammelten deutschen Männer und Frauen aller Stände und Parteien erheben einmütig Protest gegen die Vergewaltigung des Saargebietes durch die Entziehung des freien Selbstbestimmungsrechtes auf fünfzehn Jahre, gegen die politische Entrechnung der Bevölkerung durch die Schaffung eines Scheinparlamentes, gegen die vertragswidrige Belassung der französischen Truppen im Saargebiet, gegen die vertragswidrige Einführung des Franken unter Zwangsmassnahmen, gegen die vertragswidrige Ausweisung der Einwohner, gegen die Schaffung des Begriffs „Saareinwohner“.

Bund "Saar-Verein", Ortsgruppe Bottrop.

Die Monatsversammlung für November findet am 12. nachm. 4 Uhr im Lokale Korte, Prosperstraße statt.
Anschließend hieran Familienabend mit Ball.
Alle Mitglieder, Saarländer, Freunde und Gönner unserer Sache sind hiermit herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

gegen die Versuche, das Saargebiet Deutschland gegenüber als Ausland betrachten zu wollen, gegen die vertragswidrigen Französisierungsbemühungen auf dem Gebiet der Schule durch Einführung des französischen Sprachunterrichtes und gegen die französische Propaganda überhaupt in einem rein deutschen Land mit einer rein deutschen Bevölkerung. Den deutschen Brüdern und Schwestern an der Saar spricht die Versammlung für den vorbildlichen und meisterhaften Kampf um ihr Deutschtum die größte Hochachtung und Bewunderung aus und gelobt ihnen Treue um Treue! Mir schauen und vertrauen auf Euch! Ihr seid uns unvergesslich! Euch gilt unser bestes Wollen und Können! Wir harren und hoffen auf den Tag, an dem wir auch äußerlich wieder vereint sein werden!" Mit dem Gesang des Deutschlandliedes stand die eindrucksvolle Kundgebung ihr Ende. Zu ihrer Verschönerung hatten Vorträge des städtischen Orchesters und des Gesangvereins 1911 beigetragen.

Soeben erschien:

Der Saarkalender für 1923.

Gedenk- und Nachschlagebuch für alle Saarländer.
— Geschichte des Saarreviers. — Ernst und humoristische Schilderungen der heutigen Wirtschaftslage.
— Neue Lebenswunder in den Wettersumpfen der Saargruben. — Benediktinerabtei Mettlach. — Die Heckerfahne des 48er Turnvereins. — Ausgrabungen im Saarrevier. — Zeittafel von 600—1200.
— Saarländische Anekdoten, Witze usw. — Beiträge von P. Keller, W. Bloem, Lisbet Dill usw.

Der Saarkalender ist ein Handbuch von dauerndem Wert für Kind und Kindeskinder.

Preis 125 Mark ausschließlich Teuerungszuschlag.

Zu beziehen
durch Vermittlung des "Saar-Verein".

Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 182-183 Friedrichsplatz 12 Telefon 182-183
Telegramm-Adresse: "Badenbank"

Ankauf der vom Reiche als Ersatz
für Auslandschäden gegebenen

Reichsschatzwechsel

zu fulanten Bedingungen.
Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und Fälligkeiten erforderlich.